

11.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**DNR zum Koalitionsvertrag
Fragebogen: Ihr Engagement 2005
Bildungsinitiative: Nachhaltiger Konsum
Standards und Normen: Auch im Naturschutz**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 11
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Isabelle Faragallah (if)
Mitarbeit: Christoph Markl-Meider (cm)

DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Umwelt bleibt Mega-Thema

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wählerinnen und Wähler haben entschieden, dass sie keine Vorherrschaft der Ökonomie, sondern die Ausgewogenheit zwischen Wirtschaft, menschlichem Maß und einer intakten Natur bevorzugen. Gerade die konservativen Parteien haben ihr Wahlziel verfehlt, weil sie das magische Dreieck nachhaltiger Politik missachtet haben. Wer nur auf eine freie Wirtschaft setzt, aber die soziale und die Umweltfrage vernachlässigt, ist nicht zukunftsfähig.

Umso entscheidender war es für die Umweltverbände, dass bei den Koalitionsverhandlungen die Natur mit am Tisch saß und die Stunde der ökologischen Wahrheit eingefordert wurde. Wir alle haben als Lobbyisten in den letzten Wochen dafür gesorgt, dass unser Thema Beachtung gefunden hat. „Es gab noch nie eine so umfassende Information über ökologische Themen“, ist aus den Verhandlungen verlaublich geworden.

Der ökonomische Weg kann nicht mehr am Umweltschutz vorbeigehen. Unsere ökonomische Grundlage kann nur dann dauerhaft gesichert werden, wenn auch die ökologische Basis gesichert ist. Konkret bedeutet das: Wir können es uns nicht mehr leisten, CO₂ in der bisherigen Größenordnung in die Luft zu jagen, weil wir die Folgekosten des Klimawandels nicht bezahlen können. Wir können es uns nicht leisten auf eine Chemikalienverordnung zu verzichten, weil wir auf die 50 Milliarden Euro Einsparungen für das Gesundheitswesen angewiesen sind. Wir können es uns nicht mehr leisten, die konventionelle Landwirtschaft zu subventionieren, weil die Pestizidbelastung im Gemüse, die Nitratbelastung im Grundwasser und verringerter Hochwasserschutz weitere Kosten nach sich ziehen.

Aber wir müssen uns die Förderung der Erneuerbaren Energien und des Öko-Landbaus leisten. Wir müssen uns eine Kostenerhöhung für Energie und Ressourcen leisten und wir müssen uns mehr Naturschutz leisten. Unsere Gesellschaft muss sich diesen „Luxus“ leisten, wenn sie mehr Beschäftigung erzielen will.

Bundespräsident Horst Köhler hat vor einiger Zeit mit seiner politischen „Vorfahrtsregel für Arbeit“ ein wenig für Verunsicherung gesorgt, und manche haben

geglaubt, man könne daraus ein Kahl-schlagargument gegen den Umweltschutz ableiten. Ich habe daher den Bundespräsidenten auf der Umweltpreisverleihung der DBU im Oktober in Lübeck öffentlich gefragt, ob denn sein Wort vom Vorjahr, dass Nachhaltigkeit und Umweltschutz das Mega-Thema sei, noch Gültigkeit habe. Horst Köhler hat geantwortet: „Es bleibt dabei: Dies ist das Mega-Thema“, und er sagte weiter:

„Damit es überhaupt keinen Zweifel gibt: Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes in einer nachhaltigen Entwicklung liegt. Nachhaltigkeit heißt, so zu leben und zu wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel und dass alle Menschen in der Einen Welt eine gute Zukunft haben - ökologisch, ökonomisch und sozial. Diese drei Säulen der Nachhaltigkeit dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen vielmehr immer wieder versuchen, sie in Einklang zu bringen. Keine einfache Aufgabe, für-wahr. Um sie zu lösen, sind Mut und Kreativität, aber auch Nüchternheit und Kompromissbereitschaft gefragt. Und vor allem: Langfristiges Denken und Handeln - über Quartalsberichte und Legislaturperioden hinaus.“ - Dieser Vorgabe des Staatsoberhauptes ist nichts hinzuzufügen.

Wir wünschen uns, dass die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft diese Gedanken aufgreifen. Wir, die Umweltverbände, sind bereit an dieser Zukunftsaufgabe mitzuwirken.

Auch die künftige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrem Buch „Der Preis des Überlebens“ 1997 Bemerkenswertes zur Überlebenspolitik geschrieben: „Es kann uns nicht gleichgültig sein, welche Auswirkungen die Klimaerwärmung auf das menschliche Leben in zwanzig oder dreißig Jahren haben werden. Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie viel ist uns der Schutz der Umwelt wert? Welchen Preis sind wir für unser Überleben und das unserer Kinder zu zahlen bereit?“ - Dieses Zitat könnte man direkt als Aufforderung zu einer neuen Werte- und Lebensstil-Debatte in Deutschland begreifen: Was jetzt als Reformdiskussionen in Deutschland gefragt wäre, das ist eine Phase der Zukunftspolitik, deren Herzstück vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt sein muss.

Eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie wäre in der Tat das Mega-Thema zukunftsfähiger Staatspolitik, die ein Markenzeichen der Bundesrepublik Deutschland und damit unser Standortvorteil sein könnte.

Dies bedeutet auch, dass wir uns mit der Fiktion eines immerwährenden quantitativen Wachstums kritisch auseinandersetzen müssen. Es gehört zu den größten Unredlichkeiten, den Menschen nicht diese Wahrheit zu sagen und immerfort die allein selig machende Heilslehre vom Wachstum zu predigen.

Jedenfalls scheint die Zeit reif zu sein, über eine zukunftsfähigere Kultur nachzudenken und diese als Gegenthese zu schrankenloser Liberalisierung und ökologischem Kolonialismus auf den Weg zu bringen.

Herausragende Bedeutung kommt dabei der Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu. Es geht um das Erkennen der Zusammenhänge von Ökonomie und Sozialem, von Arm und Reich, von Weltgemeinschaft und Regionalität, von Naturschutz und Seelenschutz. Eine Gesellschaft, die eine intakte Natur als höchsten Luxus und Glückszustand begreift, ist eine reiche Gesellschaft.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe unseres Rundbriefes.

Hubert Weinzierl, DNR-Präsident

2 Impressum

3 Editorial

- Umwelt bleibt Mega-Thema

5 Verbände, Umweltbewegung

- Deutscher Umweltpreis 2005
- Naturschutzpreis muna 2005
- Naturfreunde: Schwerpunkte 2006

6 Ehrenamtliches Engagement

- Ehrenamtliche in Großschutzgebieten (Teil 2)
- Kurzmeldungen
- Fragebogenaktion: Ihr Engagement 2005

9 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Bildungsinitiative zum nachhaltigen Konsum
- Warnung vor Umwelt-Rollback in der Landwirtschaft
- EU-Milchüberschüsse bringen Überproduktion und Preisverfall
- Skandal um Schlachtabfälle
- Klima beeinflusst Landbau
- Freilaufhaltung kein alleiniges Kriterium für Bio-Huhn
- Kurzmeldungen

12 Energie, Klima

- Windkraft-Erlass von NRW bremst Klimaschutz
- Tausende demonstrieren für Kurswechsel in Atompolitik
- Verwirrung um Verdi-Position
- Ärzte beantragen AKW-Stillegung
- Ökosteuer gut für Klima und Arbeit
- Dürre verstärkt Treibhauseffekt
- Umweltrat erwartet Kontinuität beim Klimaschutz
- Lesenswert

15 Gentechnik

- Gentechnikfreie Regionen per Gesetz bleiben verboten
- Aussaatverbot für Genmais MON 810
- Kritik an Risikobewertung von Genmais MON 863
- Umweltforscher: Gen-Pollen breiten sich schleichend aus

17 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- DNR bewertet Koalitionsvertrag nur teilweise positiv
- Verbände für „Umweltpolitik ohne Kompromisse“
- Kongress: Kinder und Natur in der Stadt
- Kurzmeldungen
- Lesenswert/Sehenswert

20 Naturschutz, Artenschutz

- Nationales Naturerbe als Stiftungsaufgabe
- Ideenwettbewerb: Naturathlon 2006
- Kurzmeldungen
- Mehr Naturschutz-Akzeptanz durch Standards und Normen

24 Verkehr, Tourismus

- Reisen per Bahn und Rad
- Protest gegen „verschlankte“ Infrastrukturplanung
- Kurzmeldungen

25 Wasser, Meere

- Flussgebietskonferenz 2005

26 Service

- Umweltpolitik für EU-Interessierte
- Termine, Information & Diskussion, Inhalt EU-Rundschreiben

Deutscher Umweltpreis 2005 verliehen

Pionier der Bionik und Solarforscher geehrt

Der mit 500.000 Euro dotierte Deutsche Umweltpreis geht in diesem Jahr an den Wissenschaftler, Ökologen und Umweltbildungsexperten Prof. Dr. Berndt Heydemann sowie an den Physiker Joachim Luther. Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), bezeichnete Heydemann als „Geburtsshelfer für die moderne Bionik und Ökotechnologie in Deutschland“. In dem von ihm gegründeten Umweltinformations- und Bildungszentrum zeigt Heydemann „Wissenschaft zum Anfassen“. Heydemanns Arbeiten über die Salzwiesen des Wattenmeeres seien wesentlich für die Gründung von Nationalparks gewesen, sagte Brickwedde. Mit seinen Untersuchungen über die Ökosysteme des Bodens und zur marinen Ökologie habe er Meilensteine gesetzt.

Erforschung und Markteinführung solarer Energiesysteme

Professor Luther habe in der Erforschung und Markteinführung solarer Systeme Außerordentliches geleistet, begründete der DBU-Generalsekretär die Auswahl des zweiten Preisträgers. Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme habe er zum größten europäischen Solarforschungsinstitut ausgebaut. Außerdem habe er solare Energiesysteme zusammen mit der deutschen Industrie erfolgreich am Markt eingeführt.

Mit dem Ehrenpreis für sein Lebenswerk wurde der Tierfilmer Heinz Sielmann geehrt. Er schaffe es, Menschen in den Bann der Natur zu ziehen und deren Schutz zu ihrem Anliegen zu machen, sagte Brickwedde. Sielmann gehörte zu den Ersten, die Tierdokumentationen im Fernsehen zeigten. Bundespräsident Köhler zeichnete die Preisträger am 16. Oktober in Lübeck aus. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de

Naturschutz-Preis muna 2005 vergeben

DBU und ZDF würdigten ehrenamtlichen Einsatz

Zum fünften Mal haben das ZDF und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) den Naturschutzpreis „muna - Mensch und Natur“ vergeben. Mit dem Preis werden Initiativen für außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement geehrt. Jeweils 5.000 Euro gingen an die Arbeitsgemeinschaft der Angelvereine Lauenbrück, Fintel und Westervesede (Niedersachsen), den NABU-Stadtverband Köln, den bayerischen Verein WaldZeit, drei Vogelkundler der Bundes-AG Stromtod sowie die Organisatoren des ersten deutschen Birdrace-Wettbewerbs.

Ohne das Fachwissen, das Verhandlungsgeschick, die Überzeugungskraft und die Beharrlichkeit vieler Ehrenamtlicher wäre der Naturschutz in Deutschland im jetzigen Umfang nicht zu leisten, sagte DBU-Generalsekretär Fritz Brickwedde anlässlich der muna-Preisverleihung im Oktober. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-521 Fax -198
eMail: presse@dbu.de
www.dbu.de

Schwerpunkt Afrika bei den NaturFreunden

NFI-Kongress plante künftige Arbeit: Mehr entwicklungspolitische Themen

Mehr als 3.000 Naturfreunde aus aller Welt trafen sich Anfang Oktober bei München zum 19. Kongress der Naturfreunde Internationale (NFI). Präsident Herbert Brückner, seit 1996 in diesem Amt, wurde wiedergewählt.

In der Arbeit der Naturfreundebewegung rückten seit Beginn des Jahrhunderts entwicklungspolitische Themen immer stärker in den Vordergrund. Für die Organisation ist das „eine perfekte Kombination von traditionellem Engagement für Natur- und Umweltschutz und dem Einsatz für eine nachhaltige Tourismusentwicklung“.

Ökotourismus-Projekte, Protest gegen „beschämende Migrationspolitik“

In den vergangenen Jahren habe es einen Zuwachs durch Landesverbände und Partnerorganisationen aus Afrika, Asien und Osteuropa gegeben, hieß es in einer Bilanz. Vor allem in Afrika, besonders im Senegal, arbeiten die Naturfreunde seit einigen Jahren in enger Kooperation mit lokalen und regionalen Organisationen am Aufbau eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus. Die Naturfreunde haben sich anlässlich der Flüchtlingsbewegung in Marokko auch gegen die „unmenschliche und beschämende Migrationspolitik in Europa“ gewandt. Sie fordern eine europäische Entwicklungspolitik, die die Not der Migrant/innen in ihren Heimatländern bekämpft. (mbu) ■

• Weitere Informationen

NaturFreunde, Warschauer Str. 58a, 10243 Berlin
Tel. 030 / 297732-60, Fax -80
eMail: info@naturfreunde.de
www.naturfreunde.de

Qualität durch Qualifizierung

Freiwilligenprogramm in Großschutzgebieten

Europarc Deutschland, der Dachverband der Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservate, beschreitet mit seinem Freiwilligenprogramm in Großschutzgebieten neue Wege zur Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes (DRB 10.05, S. 6). Wie die bisherigen Projekterfahrungen zeigen, ist die Qualifizierung von haupt- wie auch ehrenamtlichen Schutzgebietsmitarbeitern wesentlich für den Erfolg des Freiwilligenprogramms.

Qualifizierte Freiwilligenkoordinatoren sind Schlüsselpersonen

Unverzichtbare Basis des Programms sind hauptamtliche Mitarbeiter der Schutzgebietsverwaltungen bzw. der Träger der Schutzgebietsbetreuung für die Koordination der Freiwilligenarbeit. „Freiwilligenmanagement“ ist jedoch meist ein neues Thema für Schutzgebietspersonal. Erster Schritt im Rahmen des Europarc-Projekts war demzufolge, die angehenden Freiwilligenkoordinatoren auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Unter Leitung der Akademie für Ehrenamtlichkeit wurden Koordinatoren während einer insgesamt fünftägigen Basisqualifizierung im Frühjahr 2004 geschult. Bei der Fortbildung wurden Fragen behandelt wie: „Welche Einsatzstellen sind für Freiwillige in Großschutzgebieten geeignet?“, „Wie werbe ich Freiwillige?“, „Wie betreue ich sie?“ oder „Wie können wir ehrenamtliches Engagement anerkennen?“

Im Verlauf des Projekts setzten die Freiwilligenkoordinatoren das Gelernte in ihrem jeweiligen Schutzgebiet um. Um von den vielfältigen Erfahrungen der Kollegen zu profitieren, trafen sich die Koordinatoren weiter halbjährlich zu mehrtägigen Workshops: Hier konnten in der Praxis auftretende Fragen diskutiert und Best-practice-Beispiele ausgetauscht werden. Es zeigt sich, dass die persönlichen Kontakte mit Kollegen sowie der Erfahrungsaustausch die Arbeit und Motivation der Koordinatoren wesentlich fördern.

Der Lohn für das Engagement: Praxiserfahrungen und Insiderwissen
So essenziell die Qualifizierung der Freiwilligenkoordinatoren ist, so wichtig ist auch die Schulung und Einweisung der ehrenamtlich Aktiven. Möglichkeiten für Freiwillige, eigenes Wissen zu erweitern

und Praxiserfahrungen zu sammeln, dienen der qualitativ hochwertigen Arbeit und sind zugleich eine Form des Dankes. In den Großschutzgebieten wird u. a. auf das Prinzip „learning by doing“ gesetzt. Dies ist möglich, da hauptamtliche Schutzgebietsbetreuer die Freiwilligen „an die Hand nehmen“ können. Freiwillige werden im Gelände eingewiesen, wie Kraniche gezählt werden, wo die geologischen, botanischen oder historischen Besonderheiten der Region liegen und wie man dieses Wissen interessant an Führungsteilnehmer vermittelt.

Eine neue Möglichkeit der Freiwilligenqualifizierung wurde im Frühjahr in Brandenburg getestet: Auf Wunsch bereits aktiver Ehrenamtlicher fand eine erste landesweite Fortbildung für Freiwillige der Naturwacht statt, die sich in den 15 Großschutzgebieten Brandenburgs engagieren. Rechtliche Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung, die gemeinsam von der Naturwacht, dem Landesumweltministerium und Europarc durchgeführt wurde. Die Bedeutung von Ver- und Geboten in Schutzgebieten für das eigene Verhalten wurde ebenso diskutiert wie angemessene Umgangsweisen mit Personen, die „auf frischer Tat ertappt“ werden.

„Alte Hasen geben wertvolles Wissen weiter“

Aus den Rückmeldungen der Teilnehmer lässt sich schließen: Die gemeinsame und gebietsübergreifende Qualifizierung verbindet in guter Weise die Möglichkeiten für Freiwillige, sich fachlich weiterzubilden und gleichzeitig persönliche Kontakte zu Gleichgesinnten aufzubauen. So werden ehrenamtliche Naturschützer unterschiedlichen Alters und aus einer Vielzahl von Einsatzfeldern zusammengeführt - nicht zuletzt sinnvoll, um wertvolles Wissen „alter Hasen“ an den Nachwuchs im ehrenamtlichen Naturschutz weiterzugeben. ■

Gastautorin: Anne Schierenberg, Europarc Deutschland, Mitglied im DNR-Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement

Kurzmeldungen

Generationenübergreifende Freiwilligendienste

Im Frühjahr hat das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) ein Programm für Menschen jedes Alters gestartet, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren wollen. Dafür gab es in diesem Jahr eine finanzielle Unterstützung von 10 Millionen Euro. In den kommenden beiden Jahren sollen weitere Projekte gefördert werden. Der Zwischenbericht über das Programm zum Aufbau generationenübergreifender Freiwilligendienste ist im Internet nachzulesen. (mbu)

BMFSFJ, Tel. 030 / 20655-10 61, www.bmfsfj.de



• Weitere Informationen

Europarc Deutschland, Anne Schierenberg, Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2887882-15, Fax -16
eMail: anne.schierenberg@europarc-deutschland.de
www.freiwillige-in-parks.de

Fragebogenaktion: Ihr Engagement und Ihre Erfolge 2005

Ehrenamtliches Engagement wird unter die Lupe genommen

Wie viele Personen arbeiten in Ihrem Verband wie viele Stunden im Jahr für Natur- und Umweltschutz? Dieser Frage, möchte der DNR-Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement nachgehen. Denn wie wir alle wissen, zählen im Alltagsgeschäft Zahlen und Fakten. Die an vielen Orten „unsichtbare“ Arbeit von Ehrenamtlichen und Freiwilligen fällt da leicht unter den Tisch. Dabei leisten sie Enormes.

► Alle DNR-Mitgliedsverbände sind deshalb aufgerufen, in ihren Strukturen die ehrenamtliche Arbeit sichtbar zu machen. Der nachfolgende Fragebogen soll dabei helfen. Vielleicht ist er Ihnen schon zugegangen, z.B. über die Person, die in Ihrem Verband für das Ehrenamt zuständig ist. Wenn nicht, verteilen bitte Sie ihn in Ihre Gruppen und bündeln Sie die Ergebnisse (bitte Ihre organisationsinterne Rücksendeadresse eintragen). Je mehr Verbände mitmachen, desto besser können wir unser Engagement für Natur und Umwelt gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit dokumentieren. Fragebögen sind auch in den beiden DNR-Geschäftsstellen erhältlich. Die Ergebnisse werden auch im DNR-Deutschland-Rundbrief veröffentlicht.

Gebündelte Ergebnisse Ihrer Organisation bitte bis August 2006 an folgende Adresse senden: DNR, AK Ehrenamt, Juliane Grüning, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin. Tel. 030 / 44339181, eMail: juliane.gruening@dnr.de

Name der Gruppe/Einrichtung/Institution

Eingetragener Verein **Projektgruppe** **Behörde** **Sonstiges**

Rechtsform

Kontaktperson

Straße, Nr./Postfach

PLZ, Ort

Telefon

Fax

eMail

Bundesland/Landesverband

A. Fragen zur Struktur ihrer ehrenamtlichen oder Freiwilligengruppe

1. Wie viele Mitglieder hat Ihre Natur- oder Umweltgruppe?	
---	--

2. Wie viele Ihrer Mitglieder beteiligen sich im Jahr 2005 aktiv an der Gruppen- bzw. Vereinsarbeit?				
Ehrenamtliche	Praktikant/innen	Zivildienstleistende	FÖJ	Hauptamtliche

3. Gibt es in Ihrer Gruppe/Verein/Einrichtung eine Person, die sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung neuer Aktiver und die Betreuung der Aktiven kümmert?				
<input type="radio"/> nein	<input type="radio"/> ja	Falls ja, ist sie ...	<input type="radio"/> ehrenamtlich	<input type="radio"/> hauptamtlich

4. In welchem zahlenmäßigen Verhältnis stehen weibliche zu männlichen Aktiven?	weiblich	männlich
---	----------	----------

B. Fragen zum zeitlichen Umfang des ehrenamtlichen oder freiwilligen Engagements

(d.h. nicht gemeint sind Hauptamt, Zivildienst etc.)

Wie viel Zeit verbringen die Aktiven Ihrer Gruppe im Jahr gemeinsam mit... (bitte die Jahressumme [Anzahl der Aktiven × Stunden pro Aktiver und Monat × 12 Monate] angeben und - ganz wichtig - die Vorbereitungszeiten nicht vergessen)	Stunden pro Jahr für 2005
a) dem Erfassen, Beobachten und Kartieren von Arten und Biotopen? (Artenerfassungen, Monitoring, Zählungen, Biotopkartierungen, Datenauswertung)	
b) praktischen Schutzmaßnahmen für Arten und Biotope? (Amphibienzäune, Nistkästen, Horstbetreuung, Fledermausquartiere, Mahd, Kopfweidenschnitt, Anlage von Gewässern, Pflanzungen...)	
c) der Ausweisung und Betreuung von Schutzgebieten? (Anträge auf Schutzgebietsausweisungen, Kontrollgänge, Bewachung, Beschilderung, Besucherlenkung, Einzäunung, Beobachtungsstände)	
d) der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungen und der Mitarbeit in Beiräten und Ausschüssen? (Stellungnahmen n. § 60 BNatSchG, Mitarbeit in Beiräten, Agenda-21-Initiativen)	
e) der Information und Aufklärung über Natur- und Umweltthemen? (Exkursionen, Führungen, Vorträge, Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen, Infostände, Ausstellungen, Pressearbeit, eigene Tagungen/Veranstaltungen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Arbeit in Natur- oder Umweltzentren etc.)	
f) politischer Arbeit oder Lobbying? (Gespräche mit Politikern, Wirtschaft, Teilnahme an Tagungen oder Veranstaltungen anderer Veranstalter)	
g) der Organisation, Leitung oder Verwaltung der eigenen Gruppe? (Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Monatstreffen, Erstellung von Berichten und Protokollen, Kassenführung, Mitgliederverwaltung, Gremien des Bundes- oder Landesverbandes u.ä.)	
h) Arbeiten zum Erhalt von Infrastrukturen? (Instandhaltung und Pflege von Baulichkeiten und Liegenschaften - ohne Schutzgebiete -, z.B. Vereinsheim, Geschäftsstelle, Umweltzentrum, Umweltstation, Gehege)	
i) Summe der ehrenamtlich und/oder freiwillig erbrachten Stunden	

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Rücksendeadresse:

DNR-Bildungsinitiative zum nachhaltigen Konsum

Schulungen für „Botschafter des Ökolandbaus“ in Verbänden

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) will eine Bildungsinitiative zum nachhaltigen Konsum ökologischer Lebensmittel entwickeln und in drei Modellregionen in Bayern testen. Ziel ist es, den fünf Millionen Einzelmitgliedern des DNR die Umweltleistungen des Ökologischen Landbaus näher zu bringen und ihnen den Genuss von Bio-Produkten schmackhafter zu machen. Dazu werden unter der Projektleitung des Agrar-Experten Edmund A. Spindler drei Schulungen für die NaturFreunde (NFD), den Landesbund für Vogelschutz (LBV) und den Bund Naturschutz in Bayern (BN) entwickelt, durchgeführt und bewertet. Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau bis Ende Februar 2006 gefördert.

Mit den Schulungen sollen aus den Reihen des DNR aktive Mitglieder gewonnen werden, die sich für die Verbreitung von Bio-Produkten in ihren Verbänden einsetzen und z.B. Empfehlungen für den Einsatz von Bio-Kost geben. Angestrebt sind auch verbindliche Absichtserklärungen der Natur- und Umweltschutzverbände zur Nutzung von Bio-Verpflegung bei eigenen Veranstaltungen.

Der DNR möchte mit seiner Bildungsinitiative zeigen, wie aufgeklärte Konsumenten und Bio-Bauern im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung konstruktiv zusammenarbeiten können. Dabei wird bewusst der Kontakt zu Bio-Betrieben in Landwirtschaft, Einzelhandel, Tourismus- und Gastgewerbe sowie zu den Akteuren der Außerhausverpflegung in Schulen, Kindergärten, Heimen etc. gesucht. Die ersten Schulungen beginnen im Dezember. Angestrebt werden Kooperationen mit Pionierfirmen aus dem Lebensmittel-einzelhandel. Die Unterrichtsmaterialien werden in Schulungsordnern zusammengestellt und so aufbereitet, dass sie vielfältig genutzt und bundesweit eingesetzt werden können. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Warnung vor Umwelt-Rollback in der Landwirtschaft

AgrarBündnis: Keine Käfighaltung und kein Freifahrschein für Gentechnik

Das AgrarBündnis hat auf seiner Jahrestagung in Fulda im Oktober an die Parteien appelliert, die guten Ansätze für Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft fortzuführen. Das Votum der Wähler ergebe eindeutig Mehrheiten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und für das geltende Verbot der Käfighaltung von Legehennen.

Die Union dürfe nicht darauf bestehen, von der Gentechnik verursachte Schäden in der Landwirtschaft vom Steuerzahler bezahlen zu lassen, forderte das Bündnis, ein Zusammenschluss von 25 Bauern-, Verbraucher-, Tier- und Naturschutzverbänden. Auch das Verbot der Käfighaltung in der Hühnerhaltung wurde verteidigt. Dies sei ein gesellschaftlicher Konsens, der 2001 von Bundesrat und Bundestag beschlossen und umgesetzt worden sei. Für einen Bruch dieses Konsenses gebe es keine Legitimation.

Ländliche Regionen stärken - bäuerliche Arbeitsplätze erhalten

In der Landwirtschaft gibt es aus Sicht des AgrarBündnisses einen erheblichen Reformbedarf. So seien Agrarsubventionen in zweistelliger Millionenhöhe an Industriekonzerne wie Müller-Milch unakzeptabel. Dies fördere Monopole und schade Milch- und Ökobauern. Es gehe nicht an, dass 80 Prozent der EU-Agrargelder an nur ein Fünftel der Betriebe fließen, während bäuerliche und Ökobetriebe nur wenig Unterstützung erhielten. Diese Betriebe garantierten aber langfristig gesunde Lebensmittel bei einer intakten Umwelt. Da man mit Kürzungen im EU-Agrarhaushalt rechnen müsse, sei der gezielte Einsatz der knappen Mittel unverzichtbar.

Die EU hat im September eine neue Rahmenrichtlinie für die Ländlichen Entwicklungsprogramme erlassen. Nun müssen alle Bundesländer ihre eigenen Richtlinien überarbeiten. Hier sieht das AgrarBündnis die Chance, dass in Zukunft die Sicherung bäuerlicher Arbeitsplätze und die Unterstützung ländlicher Regionen und einer umweltfreundlichen Landwirtschaft im Vordergrund stehen. Bund und Länder sollten ihre Ländlichen Entwicklungsprogramme in diesem Sinne nutzen, reformieren und voll ausschöpfen. Da diese

Programme zur Hälfte und mehr von der EU finanziert werden, sei mit relativ geringem eigenen Aufwand viel zu erreichen.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit durch mehr Transparenz

Die Agrarpolitik vor der BSE-Krise habe erhebliche Nachteile für Beschäftigung, Umwelt- und Tierschutz gebracht und die Überproduktion angeheizt. Die neue Agrarpolitik müsse fortgesetzt und durch erheblich mehr Transparenz ergänzt werden. In den Niederlanden z.B. könnten Bürger im Internet verfolgen, wer wie viel staatliches Agrargeld bekommt. Die neue Bundesregierung müsse dies auch in Deutschland umsetzen, forderte das AgrarBündnis. (mbu) ■

• Weitere Informationen

AgrarBündnis, c/o Frieder Thomas, Kasseler Institut für ländliche Entwicklung
Tel. 0561 / 70165942
eMail: thomas@kasseler-institut.org
www.agrarbuendnis.de

EU-Milchüberschüsse setzen Bauern unter Druck

Abl: Milchquoten-Ausweitung bringt Überproduktion und Preisverfall

Im Oktober haben die Agrarminister der Bundesländer in Bielefeld über die Reform der EU-Milchmarktordnung beraten und sind überein gekommen, die Milchquote im Frühjahr 2006 um 1,5 Prozent zu erhöhen. Dies würde für Deutschland jährlich 418.000 Tonnen mehr Milch bedeuten. Den Landwirten drohe damit ein weiterer Preisverfall, kritisierte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Die Preissenkung treffe vor allem die Milcherzeuger, da der Literpreis, den konventionelle und Bio-Bauern erhalten, oft nicht mehr die Herstellungskosten decke.

Zwei Prozent der Betriebe treibe Überproduktion und Preisverfall jährlich in den Konkurs, so die Bauernorganisation. Angetrieben wird die Ausweitung von EU-Ländern, die ihren Milchbedarf nicht selbst decken konnten. Die Milchquote, 1984 zur Einkommensstabilisierung der Bauern eingeführt, soll nach 2015 auslaufen. Die Milchüberschüsse setzt die EU auf dem Weltmarkt ab: „Das drückt die Weltmarktpreise und beschädigt die Märkte in den Ländern des Südens“, kritisierte Bernd Voß von der AbL.

Auch die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation Germanwatch forderte von den Landwirtschaftsministern, die Ausweitung der Milchproduktion nicht zu nutzen, da die Bauern so noch mehr um ihre Existenz kämpfen müssten und die Milchquoten-Ausweitung zudem den Zielen der Entwicklungspolitik völlig zuwider laufe. (if) ■

• **Weitere Informationen**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Germanwatch, Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2888356-0, Fax -1
eMail: info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Skandal um Schlachtabfälle offenbart Lücken der Kontrolle

Aus Fleisch- und Knochenresten für Hundefutter wurden Tortellini

Nach dem jüngsten Skandal um Fleischabfälle in Bayern ist wieder Kritik an der deutschen Lebensmittelkontrolle und der Informationspolitik der Behörden laut geworden. Von Ende 2003 bis Mitte 2005 deklarierte eine Firma aus Deggendorf (Niederbayern) mindestens 2.500 Tonnen Fleisch- und Knochenabfälle falsch und verkaufte sie als für Menschen taugliche Lebensmittel teuer weiter. Gegen den Verantwortlichen wird nach Angaben der Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Fleischhygienegesetz ermittelt.

Bei dem verkauften Material handelte es sich laut Verbraucherschutzorganisation Foodwatch um „Abfälle, die auf Schlachthöfen ungekühlt in Containern gesammelt werden und die noch nicht einmal Kühe oder Schweine fressen dürfen“, zum Beispiel Rinderfüße, Euter, Hörner, Hühnerskelette, Schweineschwarten und Blut. Seit der BSE-Krise dürfen diese nicht mehr an landwirtschaftliche Nutztiere verfüttert und schon gar nicht direkt in Lebensmitteln verwendet werden. Sie werden jedoch nach Recherchen von Foodwatch frei gehandelt: Die Abfälle der so genannten Kategorie 3 dürfen zur Herstellung von Hunde- und Katzenfutter eingesetzt werden.

Labore und Personal fehlen: Länder und Betriebe sparen sich Kontrolle

Die Ursachen für diesen Betrug sehen Verbraucherverbände in einer völlig unterfinanzierten Lebensmittelkontrolle. Auch das Kontrollsystem in Bayern konnte nicht verhindern, dass verarbeitete Abfälle auf dem Mittagstisch landeten. Für Lebensmittelkontrollen sind nach Vorgaben der EU die Betriebe selbst verantwortlich. Auf Grund des Preisdrucks im Einzelhandel gebe es hier weniger Kontrollen, moniert auch die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Eine lückenlose Kontrolle sei jedoch unmöglich und viel zu teuer. Die Überwachung der betrieblichen Kontrollen ist Sache der Länder. Diese sparen an Laboren und Personal. So müssen z. B. Kontrolleure in Hessen ihre Fahrten zu Schlachthöfen und Fleischverarbeitern selbst bezahlen.

Verbraucher/innen haben kein umfassendes Recht auf Auskunft

Bereits vor vier Jahren wies das damalige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz, - inzwischen Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)-, auf Missstände in der deutschen Lebensmittelkontrolle hin. Nach drastischen Mittelkürzungen in den 90er Jahren könne die Lebensmittelüberwachung im europäischen Vergleich nicht mehr mithalten. Dass die Kontrollen inzwischen komplett in der Hand der Länder liegen, hat die Sicherheit für Verbraucher/innen offenbar nicht erhöht immer wieder werden Lebensmittelkandale aufgedeckt.

Foodwatch moniert in diesem Zusammenhang auch, dass die Behörden die Auskunft darüber verweigern, in welchen Produkten die Abfälle enthalten sein können. Sie sind nicht dazu verpflichtet. Die unionsregierten Bundesländer haben im Sommer im Bundesrat zum zweiten Mal ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz verhindert. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf
Tel. 0211 / 3809-0, Fax -216
www.vz-nrw.de

Klima beeinflusst Landbau stärker als bisher bekannt

20 Prozent mehr Treibhausgase durch warme Sommer

Durch die Erderwärmung können Pflanzen weniger Kohlendioxid aufnehmen und das verstärkt wiederum den Treibhauseffekt. Zu diesem Ergebnis kam das Forschungsprojekt CarboEurope, das seit 10 Jahren untersucht, wieviel CO₂ von den Ökosystemen gebunden wird. Insgesamt wurden nach Angaben des an der Forschung beteiligten Max-Planck-Instituts für Biogeochemie in Jena vor zwei Jahren in Europa 500 Millionen Tonnen CO₂ weniger gebunden als zuvor. Das entspricht 20 Prozent mehr Treibhausgas in der Atmosphäre und sei „ein riesiger Ausreißer in der Statistik“.

Verstärkt sich das Treibhausklima selbst?

So sei beispielsweise in dem heißen Sommer 2003 das Wachstum der Pflanzen um ein Drittel vermindert gewesen. Problematisch waren die Äcker mit so genannten Sommerfrüchten wie Kartoffeln, während die Wälder die Hitze gut bewältigen konnten.

Der gefürchtete Rückkopplungseffekt, wonach mehr Treibhausgase zu Erwärmung und Dürre führen, was wiederum mehr Treibhausgase zur Folge hat, wird von den Wissenschaftlern unterschiedlich eingeschätzt. Aus Sicht des Meteorologie-Instituts der TU Dresden verstärkt sich dadurch der Klimawandel (siehe S. 14). Das Jenaer Max-Planck-Institut warnte davor, extreme Wetterereignisse mit Klimawandel gleich zu setzen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Max-Planck-Institut für Biogeochemie,
Annette Freibauer, Hans-Knöll-Str. 10,
07745 Jena
eMail: afreib@bgc-jena.mpg.de
www.carboeurope.org

Bio-Huhn bleibt Bio-Huhn - auch im Stall

Freier Auslauf ist nur einer der Faktoren für das Markenzeichen Bio

Nach der Einführung einer Stallpflicht zum Schutz vor der Vogelgrippe befürchteten viele Öko-Landwirte, dass sie ihre Geflügelprodukte nicht mehr absetzen können. Der Freilauf der Hühner ist aber nach Angaben des Anbauverbands Bioland nur ein Kriterium, nach dem Eier und Fleisch unter dem Label Bio verkauft werden können. Zum Schlafen kämen die Hühner ohnehin in den Stall. Auf Biohöfen gebe es geräumige Ställe mit überdachten Auslaufflächen, genügend Licht und Frischluft.

Kritiker halten die Stallpflicht für eine Maßnahme lediglich zur Beruhigung der Verbraucher. Außerdem könne auch ein Stall keine hundertprozentige Sicherheit geben, hieß es bei der Projektkoordination Tiergesundheit und Agrobiodiversität. Da ein Stall kein geschlossenes System ist, könnten Viren durch die Lüftung eindringen, etwa wenn zu Staub verfallener Kot eines Zugvogels in der Nähe eines Stalles aufgewirbelt würde.

Dauerhafter Importstopp für Ziervögel gefordert

Die Infizierung durch Zugvögel gilt unter Experten allerdings als wenig wahrscheinlich. Viel größer sei die Gefahr durch importierte Wild- oder Ziervögel. In diesem Zusammenhang haben der DNR, Pro Wildlife und der Deutsche Tierschutzbund der EU grobe Versäumnisse vorgeworfen. Zwar beschloss die EU Ende Oktober ein zunächst einmonatiges Importverbot für alle Ziervögel, nachdem in Großbritannien der Fall eines infizierten Papageis bekannt wurde. Nur ein dauerhafter globaler Handelsstopp für Wildvögel könne jedoch das Problem lösen, bemängelte Pro Wildlife. Die EU ist mit über 1,7 Millionen Tieren pro Jahr Hauptabsatzgebiet. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bioland, Mainz, Tel. 06131 / 2397918
www.bioland.de
DNR, Bonn, Tel. 0228 / 359005
www.dnr.de
Pro Wildlife, München
Tel. 089 / 81299-507
www.prowildlife.de
Deutscher Tierschutzbund, Bonn
Tel. 0228 / 60496-0
www.tierschutzbund.de

Kurzmeldungen

Teilzahlung auf die Betriebsprämie sichergestellt

Deutschland hat 2005 die Europäische Agrarreform umgesetzt und ein neues System der Direktzahlungen für die Landwirte eingeführt. Durch die neue Betriebsprämienregelung wird das bisherige Stützungssystem vollständig umgestellt. Zwar ist es in diesem Jahr noch nicht möglich, die Prämien vollständig auszuzahlen. Den Landwirten wird aber garantiert, dass sie schon im Dezember den größten Teil der Zahlungen erhalten können. Die Bundesregierung betonte gegenüber der Europäischen Kommission, die Teilzahlung noch in diesem Jahr sei für die Liquidität und Planungssicherheit der deutschen Landwirte dringend erforderlich. (mbu)

BMVEL, Tel. 01888 / 529-3171,
www.verbraucherministerium.de

Weichmacher in Olivenöl: Hersteller sollen handeln

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat die Hersteller von Olivenöl aufgefordert, die Quellen für den Eintrag von Weichmachern ins Öl zu ermitteln und zu beseitigen. Weichmacher hätten in Olivenöl nichts zu suchen, hieß es in der Bewertung. Die Stiftung Warentest fand in einer Untersuchung im Oktober bei einigen Speiseölen neben anderem auch Weichmacher. Die Substanzen befinden sich in vielen alltäglichen Dingen, um Kunststoffprodukte geschmeidig zu halten. Entsprechend häufig kommen Verbraucher/innen damit in Kontakt. Zwar sind Weichmacher als gering giftig eingestuft, haben aber in Abhängigkeit von der Dosis schädliche Wirkungen. (mbu)

BfR, 01888 / 412-4300, www.bfr.bund.de

■

Windkraft-Erlass von NRW bremst Klimaschutz

DNR bemängelt Planungsunsicherheit

Der DNR hat den neuen Windenergie-Erlass von Nordrhein-Westfalen kritisiert und seine Rücknahme gefordert. Der Erlass behindere nicht nur einen verantwortungsvollen Ausbau der Windkraft, sondern auch eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik. Die Landesregierung schaffe Rechtsunsicherheit und Planungschaos, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen Ende Oktober in Bonn.

Zuvor habe es sehr wirksame Instrumente zum Ausbau der Windkraft gegeben, die nicht auf Kosten von Natur und Umwelt gingen, betonte auch Günter Ratzbor, Leiter der DNR-Kampagne „Naturverträgliche Windenergienutzung“. Außerdem habe man damit einen konsequenten Klimaschutz umsetzen können. Nach Berechnungen von Umweltverbänden ist eine Verdoppelung der Windenergie notwendig, um zusammen mit anderen erneuerbaren Energien die Ziele einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik zu erreichen.

Experte fordert Verdoppelung der Windenergie

Der DNR setzt für den weiteren Ausbau der Windenergie sehr hohe Maßstäbe im Hinblick auf Umwelt- und Naturverträglichkeit. Mit dem früheren Erlass sei dennoch eine Verdoppelung des gegenwärtigen Stromertrags aus Windkraft in NRW möglich gewesen, sagte Ratzbor. Das könne vor allem durch das so genannte Re-powering geschehen, d.h. das Ersetzen von Altanlagen durch leistungsfähigere Windgeneratoren am gleichen Standort. Der neue Windenergie-Erlass verhindere genau dies. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR-Kampagne „Umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land“, Günter Ratzbor, Im Bruche 10, 31275 Lehrte
Tel. 05132-5889940, Fax -823779
eMail: g.ratzbor@schmal-ratzbor.de
www.wind-ist-kraft.de

Tausende demonstrierten für Kurswechsel in Atompolitik

„Atomkraft Nein Danke - Erneuerbare Energien jetzt!“

Knapp 7.000 Menschen demonstrierten am 5. November in Lüneburg friedlich gegen die Atompolitik der alten und der neuen Bundesregierung. Zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis aus über 40 Umwelt- und Friedensverbänden, Förderern Erneuerbarer Energien und Anti-Atom-Initiativen aufgerufen. Unterzeichner waren u.a. der DNR und seine Mitgliedsverbände BUND, Robin Wood, BBU, NABU und Green Cross sowie Eurosolar, die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Attac, IPPNW, X-tausendmal quer und das Netzwerk Friedenskooperative.

Profitinteressen werden über Gesundheitsinteressen gestellt

Bei der Kundgebung warnten die Atomgegner vor einer Aufkündigung des Atomkonsenses durch die künftige große Koalition. Sie machten deutlich, dass das von den Stromkonzernen geforderte Festhalten an der Atomenergie von einer klaren Mehrheit in der Gesellschaft abgelehnt wird. Stattdessen sollen Politik und Konzerne stärker auf die vorhandenen Alternativen setzen: Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz. Im Hinblick auf die zu erwartenden Castor-Transporte nach Gorleben und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 20 Jahren kritisierte Reanate Backhaus, Atomexpertin des BUND, dass wieder Profitinteressen über die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung gestellt werden.

Doch auch der Atomkonsens wird von dem Verbändebündnis nicht als Ausstieg gewertet. „Bei den Berliner Koalitionsverhandlungen geht es nur um die Frage Status quo oder Laufzeitverlängerungen“, kritisierte Jochen Stay, Sprecher von X-tausendmal quer. Die Energiepolitik dürfe aber nicht von den Stromkonzernen entschieden werden. „Wir fordern das Abschalten der AKWs. Jeder weitere Tag ist angesichts ungelöster Atommüll-Probleme und Unfallgefahren ein Tag zu viel.“

Damit dies dem Staat so schwer wie möglich gemacht werde, rief die BI Lüchow-Dannenberg die Demonstranten auf, mit gegen den bevorstehenden Castortransport nach Gorleben zu protestieren. Der Atommülltransport soll am 19. November in Frankreich starten.

Atomausstieg und Erneuerbare Energien gehören zusammen

Ohne den großen und bereits über Generationen andauernden Widerstand gegen die Atomenergie hätte es solch einen rasanten Aufschwung der Erneuerbaren Energien in Deutschland wohl nicht gegeben. Umgekehrt ist ein tatsächlicher Atomausstieg ohne Alternativkonzepte nicht durchzusetzen. Fabio Longo von Eurosolar forderte deshalb einen entschlossenen Umstieg, statt Investitionen in Zukunftsenergien zu blockieren: „Niemand braucht für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Im Gegenteil, je schneller wir aussteigen, umso schneller können wir einsteigen. Die Technik steht bereit.“

Kritik auch an der Stadt Lüneburg

Kritik und Unverständnis erntete die Stadt Lüneburg wegen ihrer Weigerung, einen zentralen Veranstaltungsort zu genehmigen. Mit fadenscheinigen Begründungen wurde die Demonstration wegen angeblich unkalkulierbarem Gewaltpotenzial an der belebten Innenstadt vorbei geführt. Solveig Hecht von der Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen (LIgA) brachte ihre jahrelange Erfahrung so auf den Punkt: „Die Politik der Atomkonzerne ist nur durchsetzbar, wenn Behörden vor Ort mitspielen, was gängige Praxis ist und am Beispiel Lüneburg sehr deutlich zu sehen.“ Viele Lüneburger Samstagmorgens-Einkäufer sahen deshalb leider nur ein massives Polizeiaufgebot.

Auftakt für Tschernobyl+20

Das Bündnis sieht die Demonstration auch als Auftaktveranstaltung für zahlreiche Aktivitäten zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 2006. Damit diese Tragödie nicht in Vergessenheit gerät, sondern daraus Konsequenzen für eine wirkliche Energiewende gezogen werden, soll sich die „Tschernobyl+20“-Kampagne an Bevölkerung, Politik und Stromkonzerne richten. ■

Autor: Thomas Frischmuth, DNR Berlin, EU-Koordination

• Weitere Informationen

DNR, Thomas Frischmuth, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-83
eMail: thomas.frischmuth@dnr.de
www.erneuerbare-statt-atom.de

Verwirrung um Verdi-Position zu Atomkraftwerken

Gewerkschafts-Chef Bsirske: Papier ist falsch verstanden worden

Ein Positionspapier, in dem die Gewerkschaften Verdi und IG Bergbau-Chemie-Energie zusammen mit den Stromkonzernen RWE, Eon, Vattenfall und EnBW für längere AKW-Laufzeiten plädieren, hat Ende Oktober für starke Diskussionen gesorgt. In dem Papier heißt es, einzelne Energieträger dürften nicht „aus ideologischen Gründen“ aufgegeben werden. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hatte in der Vergangenheit weitgehend den Atomkurs von Rot-Grün unterstützt.

„Vorübergehend mehr Atomenergie“

Aus Umweltverbänden und von Erneuerbare-Energien-Vertretern kam scharfe Kritik, es gab Austritte von Verdi-Mitgliedern. Zum Atomfreund geworden zu sein wies der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske jedoch von sich. „Verdi steht zum Atomausstieg.“ Den Konzernen solle nur erlaubt werden, die fixen Restlaufzeiten „flexibel zwischen den AKWs aufzuteilen“ und „aus Sicherheitsgründen“ auf erneuerte Atomkraftwerke zu übertragen. „Zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes kann es allerdings für begrenzte Zeit sinnvoll sein, um einen steigenden Einsatz von Öl-, Kohle- und Gaskraftwerken in der Stromgrundlastherzeugung zu vermeiden, verstärkt Atomenergie zur Stromerzeugung in der Grundlast einzusetzen“, schrieb Bsirske in einem Brief an die Verdi-Mitarbeiter.

BUND: Energiepolitischer Stillstand

Der Verdi-Vorsitzende bekannte sich allerdings auch zu der Forderung, den von Rot-Grün 2000 durchgesetzten Erkundungsstopp in Gorleben aufzuheben. Auch sonst setze das Papier auf „energiepolitischen Stillstand“, kritisierte der BUND-Arbeitskreis Wirtschaft: Kohleverstromung werde als langfristig unverzichtbar bezeichnet und unter dem Titel „Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt“ solle die Förderung Erneuerbarer Energien gedrosselt werden. (if) ■

• Weitere Informationen

Verdi-Bundesverwaltung, Bereich Umweltpolitik, Uwe Wötzel, Berlin
Tel. 030 / 6956-1036, Fax -3006
eMail: uwe.woetzel@verdi.de
www.verdi.de/politik_von_a_bis_z
- „Nachhaltigkeit“

Ärzte beantragen Stilllegung von AKW Biblis B

„Gesundheitsschutz muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben“

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW hat im September bei der hessischen Atomaufsicht einen Antrag zur Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis B eingereicht. Sollte dem nicht stattgegeben werden, will die Organisation den Verwaltungsgerichtshof anrufen. Nach Auffassung von IPPNW weist das Atomkraftwerk Biblis B „mindestens 49 grundlegende und schwerwiegende Sicherheitsmängel“ auf. Solche Mängel sind nach dem Kalkar-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) unzulässig, weil ein Atomkraftwerk stets dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen muss. Laut BVG hat der Gesundheitsschutz der Bevölkerung Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der AKW-Betreiber.

IPPNW zufolge entspricht Biblis B nicht dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Die vorgetragene 49 Auslegungsdefizite werden mit offiziellen Dokumenten und Dokumenten der Atomenergiebefürworter begründet. Erste Rechercheergebnisse seien der hessischen Atomaufsicht schon vor längerem vorgelegt worden. Diese habe die Biblis-Betreiberin RWE und den TÜV Süd um Stellungnahmen gebeten. Fast keine der von vorgelegten Sicherheitsmängel hätten von RWE und TÜV widerlegt werden können, hieß es bei IPPNW.

Mangelhafte Notkühlung und große Erdbebengefahr

Zu den beanstandeten Sicherheitslücken gehören das Notkühlsystem sowie die Systeme zum Wasserstoffabbau, die Explosionen auslösen könnten. Außerdem habe Biblis B keinen Schutz gegen Flugzeugabstürze mit Passiermaschinen und gegen Terrorangriffe. Auch könnten am Standort Biblis Erdbeben von weitaus größerer Stärke auftreten als die Anlage trotz einiger Nachrüstungen aushalten könnte, monierten die Ärzte. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin
Tel. 03 / 69-80740, Fax -38166
eMail: kontakt@ippnw.de
www.ippnw.de

Ökosteuern gut für Klima und Beschäftigung

Studien weisen positive Bilanz nach: weniger CO₂ und mehr Jobs

Die Ökosteuern wirken sich positiv auf den Klimaschutz und die Beschäftigung in Deutschland aus. Das belegen aktuelle Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Ecologic-Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik, die im Oktober veröffentlicht wurden. Die Wissenschaftler untersuchten im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) die Effekte der Ökosteuern auf Umwelt und Beschäftigung.

Eines der wichtigsten Ergebnisse: Der CO₂-Ausstoß geht durch die Ökosteuern kontinuierlich zurück. 2003 waren es z.B. 20 Millionen Tonnen (minus 2,4 Prozent). Bis 2010 lassen sich nach Prognosen des DIW jährlich sogar 24 Millionen Tonnen einsparen. Damit ist die Ökosteuern eines der bedeutendsten Klimaschutzinstrumente in Deutschland.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich durch die Ökosteuern. 250.000 neue Jobs sind laut DIW bis 2003 entstanden. Das geschieht erstens durch die Senkung der Lohnnebenkosten, weil Teile der Steuereinnahmen in die Rentenkasse fließen. Zweitens wurden durch die Ökosteuern Firmen gefördert, die innovative Produkte oder Dienstleistungen zum Energiesparen anbieten. Gleichzeitig konnten Unternehmen sich durch eine bessere Energieeffizienz Wettbewerbsvorteile verschaffen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

UBA, PF 1406, 06813 Dessau
Tel. 0340 / 2103 -2215, Fax -2285
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Hitze und Trockenheit verstärken Treibhauseffekt

Versuch bei Dresden: Wald nahm im Dürrejahr 2003 nur halb so viel CO₂ auf

Der heiße und trockene Sommer 2003 hat den Treibhauseffekt weiter verstärkt. Das berichteten internationale Wissenschaftler in der jüngsten Ausgabe des führenden Wissenschaftsmagazins Nature. Sie warnten vor einer Beschleunigung des Klimawandels, weil die Ökosysteme „Kohlenstoff produzieren, statt es abzubauen“. Die Forscher hatten die Folgen des Sommers 2003 auf das Pflanzenwachstum in Europa untersucht. Die damalige Hitzewelle brachte den wärmsten Monat August seit Beginn der Messungen mit Temperaturen bis zu 40 Grad.

Neue Erkenntnisse widersprechen bisherigen Klimamodellen

Meteorologen und Hydrologen der Technischen Universität Dresden beschäftigten sich mit der Kohlenstoffbilanz der Wälder. Nach ihren Erkenntnissen konnten die Wälder infolge der extremen Temperaturen nur noch die Hälfte der ursprünglichen CO₂-Menge speichern. Damit habe sich die dämpfende Wirkung der Wälder auf die Erderwärmung verringert. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass in 50 bis 100 Jahren ein Sommer wie der im Jahr 2003 zur Normalität wird. Ihre jüngsten Erkenntnisse sehen sie als „Blick in die Klimazukunft“.

Die Experten machen die erhöhten CO₂-Konzentrationen für steigende Temperaturen auf der Erde verantwortlich. Bislang war man davon ausgegangen, dass höhere Temperaturen das Pflanzenwachstum beschleunigten und somit die CO₂-Aufnahme erhöhten. Diesen Effekt scheint es jedoch im August 2003 nicht gegeben zu haben - ein Widerspruch zu zahlreichen Klimamodellen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Technische Universität Dresden, Pressestelle, 01062 Dresden
Tel. 0351 / 4633-2398, Fax -7165
eMail:
pressestelle@mailvbox.tu-dresden.de
www.tu-dresden.de

Umweltrat erwartet Kontinuität beim Klimaschutz

Experten warnen vor Kurswechsel wie von der Wirtschaft gewünscht

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat an die künftige Bundesregierung die Erwartung gerichtet, die deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten. Deutschland habe 1990 eine breit akzeptierte anspruchsvolle Klimapolitik international maßgeblich beeinflusst, sagte der Rat in Berlin. Die Bundesrepublik habe weltweit den stärksten Rückgang von Treibhausgasen erreicht und beginne angesichts des starken Exportes etwa bei erneuerbaren Energien „wirtschaftlich die Früchte zu ernten“.

„Mehr Energieeffizienz gemeinsames Ziel von Klimaschutz und Wirtschaft“

Deshalb wandte sich der Sachverständigenrat gegen Forderungen verschiedener Wirtschaftsverbände nach einem Kurswechsel in der Klimapolitik. Der Wirtschaftsstandort Deutschland profitiere von Innovationsprozessen, die für klimafreundliche Technologien erhebliche Chancen eröffneten, heißt es in der Erklärung. Angesichts hoher Energiepreise stütze eine höhere Energieeffizienz die Ziele der Wachstums- und Wirtschaftspolitik. Die Steigerung der Energieeffizienz sei daher gemeinsames strategisches Ziel von Klimaschutz und Wirtschaftspolitik. Es gebe keinen Anlass, das Tempo der deutschen Klimapolitik zu verlangsamen oder die Klimapolitik im Sinne des Kyoto-Protokolls aufzugeben. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109
eMail: sru-info@uba.de
www.umweltrat.de

Lesenswert

Arktis-Klima-Report

Der Arktis-Klima-Report liegt nun auch in deutscher Sprache vor. 300 Wissenschaftler arbeiteten an der Studie über die Auswirkungen des Klimawandels in der Arktis, die der „Arktische Rat“ der acht Anrainerstaaten in Auftrag gegeben hatte. Mit zahlreichen farbigen Karten, Grafiken und Fotos werden Daten und Prognosen präsentiert, die auf einem eher „gemäßigten Szenario“ des globalen Klimawandels beruhen. Ein Thema ist das großflächige Abschmelzen der polaren Eismassen. Auswirkungen auf Vegetation und Tierwelt der Arktis werden ebenso berücksichtigt wie die Entwicklung von Wirtschaft und Fischerei, die Gefährdung der Küstenregionen oder die Folgen des Auftauens der Dauerfrostböden. Erörtert wird auch die Zukunft der indigenen Völker, z.B. der Inuit. Deren traditionelles Wissen und aktuelle Beobachtungen sind in den Report mit eingeflossen und zeigen, wie sehr der Klimawandel bereits jetzt ihren Alltag verändert. (mbu)

Alfred-Wegener-Institut (Hg.): Der Arktis-Klima-Report - Die Auswirkungen der Erderwärmung, Convent Verlag, Hamburg 2005; 144 S., 450 Farbbilder; 16,90 Euro, ISBN 3-934613-86-1

Gentechnikfreie Regionen per Gesetz bleiben verboten

EuGH-Urteil für Oberösterreich gilt auch in Deutschland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat das Anbauverbot für gentechnisch verändertes Saatgut im Bundesland Oberösterreich gekippt. Die Luxemburger Richter gaben damit der EU-Kommission Recht, die vor zwei Jahren der Landesregierung untersagte, das gesamte Bundesland per Gesetz zur gentechnikfreien Region zu erklären. Gesetzlich verordnete gentechnikfreie Regionen bleiben in der Europäischen Union damit verboten. Das Urteil ist somit auch für Deutschland von Bedeutung.

Die Entscheidung über die Zulassung genmanipulierter Pflanzen wird in Brüssel getroffen. Nach der EU-Freisetzungsrichtlinie haben die Mitgliedsländer nur dann die Möglichkeit den Anbau zu unterbinden, wenn sie für eine bestimmte Linie von genveränderten Organismen (GVO) eine konkrete Gefährdung der Umwelt oder gesundheitliche Risiken nachweisen. Diesen Beweis hätte Oberösterreich nicht erbracht, argumentierte der EuGH.

Umweltverbände: EU beugt sich der Gentech-Lobby

Mit dem Anbauverbot wollte das Land seine Bauern vor unerwünschten Gentech-Kontaminationen durch Pollenflug schützen. Auf Grund der klein strukturierten Landwirtschaft sei ein Nebeneinander von Gentechnik und konventionellem oder biologischem Anbau in Oberösterreich nicht möglich, kritisierte Global 2000, die Schwesterorganisation des BUND in Österreich. Der EuGH habe sich mit diesem Urteilsspruch der Gentech-Lobby gebeugt. Das Umweltnetzwerk Friends of the Earth Europe (FoEE), dessen Mitglieder Global 2000 und der BUND sind, forderte nach dem Urteil erneut die rechtliche Verankerung gentechnikfreier Regionen in Europa. Es gebe nach wie vor keine Lösung für das Problem der Koexistenz zwischen gentechnikfreier Landwirtschaft und derjenigen, die Gen-Saatgut einsetzt. Dabei hielten 95 Prozent der Europäer/innen Gen-Lebensmittel für gefährlich.

Freiwillige gentechnikfreie Zonen bleiben weiter bestehen

Für freiwillige Bündnisse von Landwirten, die ihre Region zur gentechnikfreien Zone erklären, hat das EuGH-Urteil keine direk-

ten Auswirkungen. In Deutschland wurden bis zum Oktober 78 gentechnikfreie Regionen und Initiativen gezählt. Diese dürfen nun zwar weiter auf den Anbau genveränderter Pflanzen verzichten, auch Kommunen oder Landkreise dürfen die Bündnisse aber nicht mit einer gesetzlichen Regelung unterstützen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Global 2000, Flurschützstr. 13, A-1120 Wien
Tel. 0043 1 / 81257-300, Fax -28
eMail: office@global2000.at
www.global2000.at
www.gentechnikfreie-regionen.de

Aussaatverbot für Genmais MON 810

Zulassungsstopp für umstrittene US-amerikanische Sorte

Im Streit um die Zulassung ihrer Genmaissorte MON 810 in Deutschland haben die US-Gentech-Konzerne Monsanto und Pioneer eine Niederlage erlitten: Das Verwaltungsgericht Hannover lehnte einen Eilantrag der beiden Unternehmen ab. Diese wollten damit gegen den Willen der früheren Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast die Zulassung für ihren umstrittenen Genmais als Saatgut erzwingen. Nach Einschätzung von Umweltverbänden und kritischen Wissenschaftler/innen gefährdet der Mais Schmetterlinge und Raupen.

Die Unternehmen hatten Künast Wortbruch vorgeworfen. Ihr Ministerium habe Monsanto im Februar dieses Jahres angekündigt, beim Bundessortenamt auf eine Zulassung des Genmaises MON 810 zu dringen. Ende Mai sei die Entscheidung aber auf politischen Druck hin vertagt worden.

Gericht: Zulassung in Deutschland hätte weit reichende Folgen

Das Landgericht Hannover argumentierte, der Zweck des Sorten-Zulassungsverfahrens würde durch eine Eilentscheidung unterlaufen. Sinn sei es, durch ein aufwändiges und langwieriges Prüfverfahren die Eignung des Saatgutes sicherzustellen. Außerdem hätte eine Zulassung in Deutschland weit reichende Folgen: Damit könnte der Genmais in der gesamten EU ausgesät werden. Nun werde es vorerst nicht zu einem Flächen deckenden Anbau dieses Genmaises kommen, der nicht mehr rückgängig zu machen wäre, sagte Künast. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundeslandwirtschaftsministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0049 228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Kritik an Risikobewertung von Genmais MON 863

EU- und deutsche Zulassungsbehörden ignorierten unabhängige Experten

Die EU-Agrarminister haben sich Ende Oktober nicht mehrheitlich gegen die Zulassung des gentechnisch veränderten Mais MON863 ausgesprochen. Greenpeace äußerte sich besorgt über den Umgang mit wissenschaftlichen Fakten in Brüssel. Denn nach einer Studie, die die Umweltorganisation zuvor veröffentlichte, sind die Untersuchungen zu MON863 nicht geeignet, die Gesundheitsrisiken dieser Maisart zu beurteilen. Die Gentechnik-Firma Monsanto hatte die Untersuchungen vorgelegt, um die Marktzulassung für die Europäische Union zu erlangen. MON863 ist bereits zur Fütterung von Tieren zugelassen.

Wissenschaftler: Monsanto schönte Versuchsstatistiken

Nach Einschätzung eines französischen Molekularbiologen und eines Statistikers, die im Auftrag von Greenpeace entsprechende Daten überprüften, hat Monsanto zur Auswertung von Fütterungsversuchen nachweislich falsche statistische Methoden eingesetzt. Biologische Effekte wie etwa die Gewichtsveränderungen der Versuchstiere seien übersehen worden, hieß es. Die Fütterungsversuche, die das Unternehmen durchgeführt hatte, sollten die Auswirkungen des Gen-Maises auf die Gesundheit von Ratten zeigen und damit Rückschlüsse auf Gefahren für Menschen ermöglichen.

Diese Fehler wurden, so Greenpeace, von den europäischen Zulassungsbehörden ebenso übersehen wie von den deutschen. Obwohl die Zulassungsunterlagen für Gen-Pflanzen erstmals durch unabhängige Experten überprüft worden seien, würden die Ergebnisse von den zuständigen Behörden ignoriert. Der Verband forderte, die Zulassung zu stoppen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, Gentechnik-Experte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100
christoph.then@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Umweltforscher: Gen-Pollen breiten sich schleichend aus

Computermodell simuliert Rapspollenflug

Die Pollen von genmanipuliertem Raps breiten sich offenbar massiver aus als bisher angenommen. Das hat das Zentrum für Umweltforschung der Universität Bremen (UFT) in einer Computersimulation herausgefunden. Die Forscher entwickelten ein Modell, mit dem simuliert wird, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass transgener Raps gentechnikfreie Äcker kontaminiert.

Dafür werteten die Wissenschaftler Daten zahlreicher internationaler Studien über die Ausbreitung von Raps aus. Auf digitalen Landkarten rechneten sie dann hoch, wie sich der Flug von Genrapspollen in den deutschen Hauptanbaugebieten an der Ostsee auswirken würde. Das Ergebnis: Nur ein Drittel der konventionellen Äcker wären auch 10 Jahre später frei von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Gen-Raps kann zum Super-Unkraut werden

Für die Ausbreitung von Raps kommt verstärkend hinzu, dass er in Deutschland als Wildpflanze wächst, neben Schienen, Straßen, oder auf Industriegelände. Der Genraps würde sich genauso schleichend ausbreiten und könnte, so fürchten die Forscher vom UFT, zu einem so genannten Super-Unkraut werden. Dass diese Befürchtung nicht abwegig ist, zeigt das Beispiel Kanada. Dort wuchert auch in Weizen- oder Maisfeldern genveränderter Raps. Ein weiteres Problem ist, dass Raps gene sich bei verwandten Arten eingekreuzen. Das sind z.B. Rucola, Senf oder Rettich. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Universität Bremen, Zentrum für Umweltforschung (UFT), Leobener Str. 1, 28359 Bremen
Tel. 0421 / 218-7644, Fax -7645
eMail: uft@uni-bremen.de
www.uft.uni-bremen.de

„Die große Chance bleibt ungenutzt“

DNR bewertet Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nur teilweise positiv
„Licht und Schatten für die zukünftige Umwelt- und Klimapolitik“ sieht der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU/CSU, die am 11. November in Berlin vorgestellt wurde.

Bekanntnis zur Fortsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie begrüßt

Grundsätzlich zu begrüßen sei darin das Bekenntnis, die Nachhaltigkeitsstrategie fortzuführen. „Hoffnung setzen wir auch auf die angestrebte Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und der nachwachsenden Rohstoffe“, sagte Weinzierl auf der DNR-Mitgliederversammlung am 12. November in Leipzig. Dort zeigte sich der DNR zwar mit den Beschlüssen zum Atomausstieg zufrieden, kritisierte jedoch die Aussagen zur Verkehrspolitik und zur Gentechnik.

Vorsichtige Zustimmung zu Koalitionsaussagen zum Klimaschutz

Der DNR wertete es als positiv, dass Deutschland Vorreiter beim Klimaschutz bleiben will. Um das genannte Ziel einer Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs zu erreichen, seien aber größere Anstrengungen als bisher und zusätzliche Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang befürwortete der DNR die Koalitionsaussagen

- über die Verdoppelung der Energieeffizienz der deutschen Volkswirtschaft als auch die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % der Stromerzeugung - beides bis 2020,
- über ein neues internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 und
- über eine Senkung der CO₂-Emissionen der EU um 30 %.

Verkehrspolitik konterkariert Klimapolitik

Die Aussagen zum Klimaschutz werden jedoch nach Ansicht der Umweltverbände durch die Vereinbarungen im Verkehrsbe- reich konterkariert. So setze die zukünftige Bundesregierung auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Automobilindustrie zu sprit-sparenden Fahrzeugen - „wohlweisend, dass die Konzerne diese nicht ein-

zuhalten gedenken“, wie Weinzierl monierte. „Anstatt die höhere Energieeffizienz auch im Straßenverkehr beispielsweise durch die Einführung von CO₂-Grenzwerten zu fördern“, ergänzte er, „setzen CDU und SPD auf Nichtstun und gefährden damit nicht nur das Klima, sondern auch viele Arbeitsplätze.“

Auch bei der steuerlichen Förderung des Rußpartikelfilters für Dieselfahrzeuge hätten die Interessen der deutschen Automobilindustrie Vorrang vor der Gesundheit, da laut Koalitionsvertrag erst im Jahre 2008 eine steuerliche Differenzierung eingeführt werden soll.

Besonders hart ging der DNR in Leipzig auch mit den weiteren verkehrspolitischen Plänen ins Gericht. Der vorgesehene ungehemmte Ausbau des Flugverkehrs mit hohen staatlichen Subventionen sowie die neuen Rekordinvestitionen vornehmlich in den Straßenbau würden dazu führen, dass die verkehrsbedingten Belastungen für Mensch, Natur und Klima noch weiter ansteigen. Die neue Bundesregierung nehme hier eine Hypothek auf, die zukünftige Generationen nicht mehr bezahlen könnten, warnte Weinzierl.

Gentechnik und Chemikalien: Scharfe Kritik an Merkel

Heftige Kritik übte der DNR an Angela Merkel, weil sie den breiten Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft durchgesetzt habe. Sie habe sich darüber hinaus zur Fürsprecherin einer großzügigen Regelung bei der geplanten EU-Chemikaliengesetzgebung (REACH) gemacht und damit die Interessen der Chemiekonzerne über den Gesundheitsschutz der Bevölkerung gestellt.

Föderalismusreform unzureichend

Ausgeblieben ist nach Meinung des DNR der große Wurf bei der Föderalismusreform. Statt dem Bund eine umfassende Gesetzgebungskompetenz für den gesamten Bereich des Natur- und Umweltschutzes zu verschaffen, sei es bei massiven Eingriffsmöglichkeiten durch die Bundesländer geblieben.

Ermutigendes Bekenntnis zur Sicherung des nationalen Naturerbes

Für ausgesprochen ermutigend hält DNR-Präsident Weinzierl jedoch das Bekenntnis zur Sicherung des nationalen Naturerbes. Dass dies ernst genommen werde, beweise die unentgeltliche Übertragung von et-

wa 125.000 Hektar wertvoller Naturschutzflächen in eine Bundesstiftung Naturschutz. Große Chancen sieht Weinzierl ebenfalls in der vorgesehenen Verabschiedung und Umsetzung einer nationalen Biodiversitäts-Strategie. (cm) ■

• **Weitere Informationen**

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: sekretariat@dnr.de
www.dnr.de

Text des Koalitionsvertrages (Internet-Download, 191 S., 620 kB):
www.cdu.de/doc/pdf/05_11_11_Koalitionsvertrag.pdf
(Energie S. 41, Verkehr S. 44, Umwelt S. 53, Föderalismusreform S. 93, Bürgergesellschaft S. 109, Verbraucher S. 111, Entwicklungspolitik S. 138)

Verbände für „Umweltpolitik ohne Kompromisse“

Weinzierl: Wähler wollen keine Ökonomie ohne Ökologie

Zahlreiche Umweltverbände haben an CDU/CSU und SPD appelliert, in einer Großen Koalition Umweltbelange zu berücksichtigen. DNR-Präsident Hubert Weinzierl sagte, die Wähler/innen wollten „ganz offensichtlich keine Vorherrschaft der Ökonomie in Deutschland“. Die Umweltorganisationen BUND, NABU, Greenpeace und WWF forderten die künftigen Regierungsparteien auf, keine Kompromisse auf Kosten des Umwelt- und Naturschutzes zu schließen.

Plus und Minus

Als positiv bewerteten die Verbände, dass am Erneuerbare-Energien-Gesetz festgehalten werden soll. Auch die geplante Abschaffung der Eigenheimzulage sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es müssten aber weitere umweltschädliche Subventionen abgebaut und Energieeffizienzprogramme beschlossen werden. Der Flugverkehr solle mit einer Kerosinsteuer und der Autoverkehr mit einer Kfz-Steuer auf Kohlendioxid-Basis belastet werden. Auf die Tagesordnung müssten endlich auch die Sicherung der Gentechnikfreiheit, die ökologische Verkehrswende, der Schutz der Verbraucher vor gefährlichen Chemikalien und der Erhalt von Naturschutzflächen.

Bei der Diskussion um mögliche Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken dürfe die SPD nicht den Wünschen der Industriobby erliegen. Unsichere Atomkraftwerke wie Biblis, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel sollen nach Auffassung der Verbände in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden. Ältere Meiler dürften nicht mit Tricks wie der Übertragung von Strommengen länger am Netz bleiben.

Subventionsabbau schont Staatskasse und Umwelt

Die Umweltverbände wollen auch, dass „umweltschädliche Subventionen“ im Haushalt der neuen Regierung nicht mehr vorkommen. Der designierte Finanzminister Steinbrück (SPD) könne die Umwelt schützen und Geld sparen, indem er eine Kerosinsteuer einführt und die Pendlerpauschale halbiert. Wolfgang Tiefensee (SPD) als künftiger Verkehrsminister solle die Kfz-Steuer auf Kohlendioxid-Basis einführen. Außerdem sollten Union und SPD

sich nach dem Willen der Verbände auf eine EU-Chemikalienreform im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes einigen.

Vorreiterrolle beim Klimaschutz wahrnehmen

Der Klimaschutz bleibe eine der wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben der neuen Bundesregierung. Deutschland müsse sich hier „im internationalen Wettbewerb an die Spitze setzen“, forderte der WWF. Ein weiterer Schwerpunkt sei der Schutz der Lebensvielfalt auf der Erde. Vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern müssten Naturschutz und Nachhaltigkeit verknüpft werden. Nur dann könnten die mit den Vereinten Nationen vereinbarten Millenniums-Ziele zur Beseitigung der Armut erreicht werden.

Die Umweltverbände forderten auch eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums. Anstatt die Intensivlandwirtschaft weiter hoch zu subventionieren, müssten sich SPD und Union dafür einsetzen, die Mittel aus der EU-Agrarförderung massiv umzuschichten. Die Föderalismusreform müsse aus Umweltsicht zügig umgesetzt werden und für bundeseigene Naturschutzflächen ein Verkaufsstopp erlassen werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

- DNR, Bonn, Tel. 0228 / 359005
www.dnr.de
- BUND, Berlin, Tel. 030 / 2758640
www.bund.net
- NABU, Bonn, Tel. 0228 / 40360
www.nabu.de
- Greenpeace, Hamburg
Tel. 040 / 306180
www.greenpeace.de
- WWF, Frankfurt/M., Tel. 069 / 791440
www.wwf.de
- BÖLW, Berlin, Tel. 030 / 28482300
www.boelw.de
- Allianz pro Schiene, Berlin
Tel. 030 / 27594559
www.allianz-pro-schiene.de

Die designierten Minister in den umweltrelevanten Ressorts

Umwelt

Der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel wird verantwortlich für das Umweltressort sein. Umweltpolitische Erfahrung hat der 46-jährige SPD-Politiker nicht. Der BUND sieht in der Nominierung von Gabriel dennoch eine Chance für den Umwelt- und Naturschutz. Gabriel sei ein durchsetzungsfähiger und kommunikativer Politiker, der in der Großen Koalition dringend notwendige Reformen auf den Weg bringen könne. Seine Aufgabe werde es sein, sich „gegen rückwärtsgewandte Interessen“ in der Koalition durchzusetzen, sagte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm. Vor allem Blockaden aus dem Wirtschaftsministerium (Minister: Michael Glos, CSU) seien zu überwinden.

Landwirtschaft, Verbraucherschutz

Auch der designierte Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) kann nicht auf Erfahrungen in seinem neuen Verantwortungsbereich zurückblicken. In verbraucherkritischen Kreisen gilt es allerdings als Vorteil, Distanz zum mächtigen Deutschen Bauernverband zu haben, wie das bei Amtsvorgängerin Renate Künast der Fall war. Dem 56-jährigen Unions-Querdenker Seehofer sagt man nach, er sei resistent gegen Lobbyismus und scheue kein offenes Wort. So sieht der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) in Seehofers Nominierung eine Chance für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Ökologische Landwirtschaft.

Verkehr

Die Allianz pro Schiene setzt große Hoffnungen in den möglichen neuen Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Als Oberbürgermeister von Leipzig habe er sich für eine kluge Förderung des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt. Mache er dies auch im Bund, habe eine nachhaltige Verkehrspolitik wieder „Zukunft“, schrieb der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege in einem Pressekommentar. Der 50-jährige Tiefensee soll gleichzeitig Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer werden. (mbu)

Kinder und Natur in der Stadt

Kongress zu kinderfreundlicher und naturbewusster Stadtentwicklung

Der Kongress „Kinder und Natur in der Stadt“ wird am 24./ 25. November 2005 in München ausgerichtet. Er wendet sich „gegen die Naturvergessenheit in unseren Städten“ und beleuchtet die Situation der städtischen Spiel- und Erfahrungsräume für Kinder aus stadtplanerischen, human-ökologischen, gesundheitlichen und psychologischen Blickwinkeln. In Vorträgen und Workshops werden Lösungen für eine kinderfreundliche und naturbewusste Stadtentwicklung vorgestellt und erörtert.

DNR ist Kooperationspartner

Der vom bundesweiten Arbeitskreis Städtische Naturerfahrungsräume initiierte Kongress wird vom Kinderhilfswerk und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge veranstaltet. Zu den Kooperationspartnern, die den interdisziplinären Zugang zum Thema repräsentieren, gehört auch der Deutsche Naturschutzring. Eingeladen sind Kommunalpolitiker, interessierte Bürger/innen und Fachleute aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Gesundheit, Sport, Naturschutz, Grünplanung und Stadtentwicklung.

Während sich die räumliche Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten zu deren Nachteil erheblich verändert hat, sind die Instrumente zur Schaffung neuer Strukturen kaum verändert worden. Bisher gibt es z. B. keine Grünflächenkategorie, mit der die spielerische Erfahrung von Natur in der Stadt gesichert werden kann. Intensive Bebauung, Funktionalisierung und Gestaltung der Außenräume haben den Erfahrungsraum Stadt/Gemeinde völlig verändert und Kinder wie Jugendliche weitgehend isoliert. Da unter den Kommunen ein Verdrängungswettbewerb stattfindet, werden Kommunen, in denen zukunftsweisend Kinder- und Familienfreundlichkeit sichtbar gestaltet wird, im zukünftigen „Ranking“ klare Vorteile haben. (if) ■

• Weitere Informationen

Arbeitskreis Städtische Naturerfahrungsräume c/o Büro Dr. Schemel, Altostr. 111, 81249 München
Tel. 089 / 863-2971, Fax -1266
eMail: schemelhj@aol.com
www.naturerfahrungsraum.de

Kurzmeldungen

Richterin zeigte Verständnis für Tatmotiv: Geldstrafen für Aktivisten

Drei Aktivisten der Umweltschutzorganisation Robin Wood müssen nach einer Kletteraktion auf dem Berliner Funkturm Geldstrafen von 400 bis 600 Euro zahlen. Das Amtsgericht Tiergarten verurteilte die Männer im Alter zwischen 36 und 41 Jahren wegen Hausfriedensbruchs, blieb beim Strafmaß aber im unteren Rahmen. Die Angeklagten hatten während der Internationalen Tourismusbörse im März 2004 in zehn Meter Höhe ein Transparent mit Warnungen vor Klimaschäden durch Flugverkehr entrollt. Die Angeklagten hätten einem Ziel gedient, dem sich das Gericht anschließen könne so die Richterin. Es wäre wünschenswert, wenn Flugbenzin besteuert würde, hieß es in der Urteilsbegründung. (if)

Robin Wood/Verkehr, Hamburg, Tel. 040 / 38089212, verkehr@robinwood.de, www.robinwood.de

■

Lesenswert

Kinder lernen Umwelt schützen

Das Buch „Kinder lernen Umwelt schützen“ gibt einen Überblick über Geschichte und Theorie der Umweltpädagogik. Das Handbuch ist geeignet für den Einsatz in Kindergärten und Grundschulen. In einem praktischen Teil finden sich Tipps und Tricks für die Umweltbildung und die praktische Arbeit mit Kindern. Zahlreiche Spiele in der Natur sowie Bastelanleitungen mit Materialien aus der Natur sowie kindgerechte Kochrezepte sind dort beschrieben. Ergänzend gibt es Vorschläge für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen rund um das Leben im Kindergarten und Ideen für Experimente, Gartenarbeiten, Exkursionen und Projekttage. (mbu)

Jirí Kandler: Kinder lernen Umwelt schützen, Verlag Natur und Umwelt, Berlin 2005; 222 S.; 16,80 Euro; ISBN 3-924749-20-5

PC-Spiel und Internetseiten für Kinder zur Umwelt in 26 Sprachen

Die Europäische Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen hat ein PC-Spiel für Kinder von acht bis zwölf herausgebracht. In dem als Brettspiel konzipierten „Honoloko“ werden dem Spieler Fragen zum Umweltverhalten gestellt. Je nach Antwort erhält er unterschiedliche Punktzahlen. Mit dem Spiel soll das Umweltbewusstsein gefördert werden. Auch andere Umweltinstitutionen und Organisationen können das Spiel auf ihre Internetseite stellen. Entwickelt haben das Spiel die EEA und das WHO-Regionalbüro für Europa. Neben dem PC-Spiel soll auch eine Internetseite für Kinder den Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit zeigen. Es wird anschaulich dargestellt, wie geringfügige Änderungen im persönlichen Verhalten einen großen Einfluss haben können. Der Besucher erhält als „Umweltagent“ Aufträge in den Bereichen Abfall, Chemikalien, Verkehr, Wasser, Luft und Klima. Er muss Kenntnisse erwerben und Prüfungen ablegen, um sich zu qualifizieren. (if)

Computerspiel Honoloko:
www.honoloko.com

Internetseiten für Kinder:
<http://ecoagents.de.eea.eu.int>

■

Nationales Naturerbe als Stiftungsaufgabe

Umweltstiftungen verabschieden „Duderstädter Erklärung“

Rund 50 Vertreter/innen von Stiftungen, die sich im Arbeitskreis „Umwelt, Natur, Gesundheit“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen engagieren, trafen sich bei der Heinz-Sielmann-Stiftung Anfang Oktober bei Duderstadt. Im Mittelpunkt stand die Sicherung des nationalen Naturerbes. Derzeit steht für rund 125.000 Hektar wertvoller Naturlandschaften in Deutschland ein Eigentümerwechsel bevor. Der Arbeitskreis der Umweltstiftungen forderte mit Nachdruck, diese Flächen kostenlos an eine Bundesstiftung zu übertragen. Bis zum Inkrafttreten dieser Regelung müsse für diese Flächen ein Verkaufsstopp gelten.

Erster Erfolg: Koalitionsvertrag

In diesem Zusammenhang verfassten die anwesenden Stiftungen die Duderstädter Erklärung und bekennen sich damit zum Memorandum zur Sicherung des Nationalen Naturerbes, das die DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen im Juli vorgelegt hatte. Darin wurde gefordert, unter dem Dach der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) eine Trägerstruktur zur Bewahrung des Naturerbes einzurichten. Auch die Umweltstiftungen sollen sich für die Bewahrung des Nationalen Naturerbes engagieren. So hätten Stiftungen und Verbände in den letzten Jahren für den Erwerb dieser Flächen über 16 Millionen Euro aufgebracht. Dazu komme ein zweistelliger Millionenbetrag, mit dem sich Stiftungen seit Jahren für Schutz, Pflege und Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft engagieren.

Als ersten Erfolg verbuchten die Stiftungen das Bekenntnis zur Sicherung des Nationalen Naturerbes im Koalitionsvertrag. Rund 125.000 Hektar wertvoller Naturschutzflächen sollen unentgeltlich in eine „Bundesstiftung Naturschutz“ übertragen werden. (if) ■

• Weitere Informationen

Arbeitskreis der Umweltstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V., Kathrin Succow, Mauerstr. 93, 10117 Berlin
Tel. 030 / 897947-77, Fax -71
eMail: kathrin.succow@stiftungen.org
www.stiftungen.org

Ideenwettbewerb zum Naturathlon 2006

Naturverträgliche Freizeitgestaltung an Flüssen steht im Mittelpunkt

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesumweltministerium starteten im Oktober wieder einen Ideenwettbewerb zum Natursportprojekt „Naturathlon“ der das Verständnis zwischen Sport und Naturschutz fördern soll. Im Mittelpunkt stehen dieses Jahr Wasser und Flüsse, insbesondere das Thema Freizeit am Fluss. Unterstützt wird der Naturathlon 2006 von einem bundesweiten Bündnis aus Naturschutz- und Sportverbänden. Durch den Ideenwettbewerb sollen neue Wege gefunden werden, mit denen Menschen auf Festen und Veranstaltungen spielerisch angesprochen werden können.

Einsendeschluss 1. Dezember

Die Aktionsideen sollen sinnlich und erlebbar zeigen, wie wichtig Flüsse und Seen sind - sowohl als Orte der Erholung und des Freizeitsports als auch für die Erhaltung der Artenvielfalt und als Rückzugsraum für Tiere und Pflanzen. Sie sollen vermitteln, wie sich jeder einzelne für die Gewässer einsetzen kann. Bei den gesuchten Ideen kann es sich um ein sportliches Flussrennen, ein Quiz oder ein Geschicklichkeitsspiel mit Hindernissen handeln - wichtig ist, dass die Idee umsetzbar und leicht wiederholbar ist.

Alle Einsendungen werden auf der Webseite des Wettbewerbs veröffentlicht. ●

Die besten Einsendungen erscheinen in einem Handbuch mit Aktionsideen zum Thema „Wasser“. Sie bilden die Grundlage für den Spiel- und Wissenparcours der Veranstaltungen des Naturathlon 2006.

► Aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen, sind Sport- und Naturschutzverbände, Aktive in Städten und Gemeinden sowie Privatpersonen. Einsendeschluss ist der 1. Dezember 2005. Es sind Preise im Gesamtwert von fast 5.000 Euro zu gewinnen. (if) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz, Bonn
Tel. 0228 / 8491280
Naturathlon-Wettbewerbsbüro, Berlin
Tel. 030 / 28876137
eMail: naturathlon@bfn.de
www.naturathlon2006.de

Kurzmeldungen

Wanderfest in Thüringen:

Bundespräsident lobt Ehrenamtliche

10.000 Wanderer aus dem ganzen Bundesgebiet kamen zu einem Wanderfest zum Tag der Deutschen Einheit nach Thüringen, an dem auch Bundespräsident Horst Köhler teilnahm. Verbandspräsident Karl Schneider zeigte sich erfreut, dass Köhler während eines gemeinsamen Gesprächs die Leistungen der Wandervereine würdigte. „Wir konnten deutlich machen, dass es die ehrenamtlichen Vereinsmitglieder sind, die unsere Wege nachhaltig pflegen. Und ohne die 150 ehrenamtlichen Wanderführer aus den Thüringer Wandervereinen hätte auch diese Veranstaltung nicht stattgefunden“, sagte Schneider. (mb)

Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. 0561 / 938730, www.wanderverband.de

■

Mehr Naturschutz-Akzeptanz durch Standards und Normen

Ergebnisse eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens im BfN

Lange Zeit schien es so, als ob Standardisierungen und Normierungen nicht in das Konzept des Naturschutzes passten. Heute kann man feststellen, dass Bereiche des Natur- und Landschaftsschutzes, die normungsähnliche Instrumente einsetzen, deutliche Verbesserungen erzielten. Das gilt z. B. für die Bewertungsverfahren bei der Eingriffsregelung, deren Akzeptanz durch die Anwendung transparenter, nachvollziehbarer Verfahren zunahm. Umgekehrt gilt aber auch, dass Normungsprozesse den Natur- und Landschaftsschutz behindern, wenn Naturschutzinteressen nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht werden. Das war z. B. der Fall bei der ökologisch orientierten Holzwirtschaft, die durch technische Baunormen nicht in dem Maße auf dem Markt auftreten konnte, wie es aus Sicht des Naturschutzes wünschenswert gewesen wäre.

Die Anforderungen nach Standardsetzung haben gerade im Naturschutz in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dies ist vor allem auf drei Entwicklungen zurückzuführen:

- Naturschutz hat in Form von unbestimmten Rechtsbegriffen in steigendem Maße Einzug in rechtliche Vorgaben gehalten. Die unbestimmten Rechtsbegriffe müssen im Einzelfall interpretiert werden, was ohne zugrunde liegende Standards zu erheblichen Konflikten, Mehraufwand und Umsetzungsdefiziten führen kann.
- Rechtliche und politische Vorgaben fordern zunehmend eine Integration von Umwelt und Naturschutzaspekten in andere Politikbereiche (Agenda 21; Cardiff-Prozess; Evaluierung von Förderprogrammen und -maßnahmen; Strategische Umweltprüfung; Umweltverträglichkeitsprüfung; Umweltzeichen, z.B. EU-Umweltzeichen, Blauer Engel; EU-Umwelthaftungsrichtlinie etc.). Standards und Normen sind ein wesentliches Instrument diese Integration voranzutreiben.
- Die wachsende Bedeutung naturschutzpolitischer Instrumente und der flächendeckende Anspruch des Naturschutzes stellen zunehmend höhere Anforderungen an die Effizienz von naturschutzpoli-

tischen Regulierungen und die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen im Naturschutz. Transparente einheitlich angewandte Standards und Normen können die Akzeptanz von Naturschutzentscheidungen erheblich erhöhen.

Der Erfolg von Naturschutzpolitik wird deshalb in Zukunft davon abhängen, ob es gelingt, durch Standardsetzung

- den effizienten Einsatz von Naturschutzinstrumenten zu verbessern und
- den Naturschutz besser in andere Politikbereiche zu integrieren.

Resultate der Expertenbefragungen: Standardisierungsbedarf und -chancen

Im Rahmen von Expertenbefragungen wurden in den Feldern

- Naturschutzinstrumente
- Integration von Naturschutz in andere Politikbereiche sowie
- Naturschutz in der Normung

eine Vielzahl von Handlungsbereichen identifiziert, in denen ein hoher Bedarf an Standardisierungen besteht und gleichzeitig mit günstigen Akteurskonstellationen für erfolgreiche Standardisierungsprozesse zu rechnen ist.

In der folgenden Tabelle wird ein Überblick über die Ergebnisse gegeben. Standardisierungs- und Normungsbereiche, die von den Gutachtern als besonders erfolgversprechend eingestuft wurden, sind mit einem Pfeil (▶) gekennzeichnet. Handlungsfelder, in denen durch Standardisierung zwar ein erheblicher Nutzen für den Naturschutz zu erzielen ist, bei denen aber z.B. aufgrund stark unterschiedlicher Interessenlagen der Akteure nicht mit einem schnellen Ergebnis gerechnet werden kann, wurden mit einem Kästchen (■) versehen. Bereiche, in denen Standardisierung keinen erheblichen Nutzen für den Naturschutz verspricht, sind mit einem Kreis (●) gekennzeichnet.

Standardisierung im Naturschutz

▶ Landschaftsplanung

Eingriffsregelung

- - Inhalt und Methodik - Eingriffsregelung nach BNatSchG/BauGB
- ▶ - Bemessung von Geldleistungen - Eingriffsregelung nach BNatSchG
- - Bestimmung des Verfahrensablaufs/ Verknüpfung mit anderen Instrumen-

ten - Eingriffsregelung nach BNatSchG/BauGB

- - Ausführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- - Musterformulierungen für die Umsetzung und Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Flächenschutz

- - Inhalt und Ablauf von Erfolgskontrollen (Monitoring) - NSG, Biosphärenreservate, Naturparke
- ▶ - Inhalt und Ablauf von Erfolgskontrollen (Monitoring) - NATURA 2000
- - FFH-Verträglichkeitsprüfung - Inhalt, Methodik, Verfahren, Erfolgskontrolle - NATURA 2000
- ▶ - Inhalt und Methodik der Pflege- und Entwicklungsplanung/Managementpläne NATURA 2000

Umweltbeobachtung

- ▶ - Methodik der Erfassung, Auswertung und Bewertung
- ▶ - Bestimmung der zu untersuchenden Einwirkungen auf den Naturhaushalt

- Naturnahe Gestaltung und Pflege kommunaler und privater Grünflächen

Standardisieren naturschutzrelevanter Sachverhalte zur Politikintegration

Landwirtschaft/Vertragsnaturschutz in der Landwirtschaft

- - Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft
- ▶ - Integration/Durchsetzung von Naturschutz in Flurbereinigungsverfahren (LANA-ArgeLand)
- ▶ - Vertragsnaturschutz/Agrarumweltprogramme
- ▶ - Definition von Anwendungsbereichen für Agrarumweltprogramme
- ▶ - Definition von Standards für Verträge von Agrarumweltprogrammen
- - Ausschreibungsverfahren/erfolgsorientierte Honorierung

Waldbewirtschaftung/Holzwirtschaft

- - Waldprogramme
- - untergesetzliche Regelungen zur Umsetzung des Bundes- und der Landeswaldgesetze
- - Gute fachliche Praxis der Waldbewirtschaftung
- - Messnormen (wie z.B. DIN ISO 11278 zur Bodenbeschaffenheit in Zusammenhang mit der Holzernte mit schweren Maschinen)

- ▶ - Vertragsnaturschutzprogramme
- - Verkehrssicherungspflicht
- - Zertifizierung insbesondere freiwillige Forstzertifizierung nach FSC, Naturland und PEFC
- - Produktkennzeichnungen und DIN-Normen (z.B. Kennzeichen für Konstruktions-Vollholz, DIN 4074 zur Festlegung der technischen Anforderungen an die Holzbeschaffenheit in Verbindung z.B. mit Nutzholzbefall durch Borkenkäfer)

Wasserwirtschaft und Gewässer; insbesondere:

- ▶ - Anpassung bzw. Erarbeitung von Definitionen und Bewertungsmaßstäben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie - z.B.:
 - Gewässertypisierung
 - Definition von Referenzzuständen für die Gewässerqualität
 - Bewertungsverfahren zur ökologischen Gewässerqualität
 - Bewertungsverfahren zur Hydro-morphologie
 - Signifikanz der Wasserabhängigkeit von Schutzgebieten und schutzwürdigen Flächen (NATURA 2000, nationale Schutzgebiete, grundwasserabhängiger Landökosysteme, Gewässerauen)
- ▶ - Verfahrensstandard bei der Zulassung von Grundwasser-Entnahmen
 - Eingriffsbewertung, in älteren Entnahmeregionen Regenerationspotenzial
 - Bedarfsnachweis (Wasserversorgungskonzept)
 - Minimierungsnachweis (Wassersparkonzept)
 - Kontrolle (kontinuierliches Monitoring)
- ▶ - Definition/Weiterentwicklung von Begriffen im Bereich Wasserwesen in Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Naturschutz:
 - Überarbeitung der DIN 4047, Wasserwesen, Begriffe, Teile 5 und 10 (An diesen Begriffsdefinitionen orientieren sich viele Planungsprozesse und alle Normen, die inhaltlich damit zu tun haben. Die Überarbeitung könnte weitere für eine naturschutzorientierte Planung erforderliche Forschungen initiieren und weitere Überarbeitungen naturschutzrelevanter Normen zu Stauanlagen und Gewässerausbau nach sich ziehen.)

Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr

- ▶ - Standards (Verfahrens- und Methoden-/Bewertungsstandards) für Vermeidung und Minderung sowie Eingriffs- und Ausgleichsbewertung insbesondere auch in der Bebauungsplanung
- - Erfassung und Bewertung von Zerschneidungswirkungen (z.B. Zerschneidungsgrad, Minimierung und Ausgleich von Zerschneidungswirkungen)

Verkehrswege (Planung, Bau) u.a.

- - Bedarf an leicht zugänglichen standardisierten Informationen über Schutzgebiete
- - Mindestuntersuchungsumfang und Bewertung bei Zerschneidungswirkungen

■ Off-Shore-Windkraftanlagen

Rohstoffabbau

- ▶ - Gute fachliche Praxis Rohstoffabbau

Umwelthaftungsrichtlinie

- ▶ - Prognose und Bewertung von Schäden an der ökologischen Vielfalt

■ Naturschutzkriterien im Beschaffungswesen

Naturschutz in der Normung

Nach einem Screening aktueller und in Zukunft anstehender DIN-Normungsverfahren wurden im Einzelnen betrachtet:

- ▶ Ökobilanz (DIN EN ISO 14040, 14041 und 14042)
(In der Norm ISO 14040 werden Naturschutzaspekte nicht behandelt.)
- ▶ Umweltmanagement und Umweltleistungsbewertung (DIN EN ISO 14031)
(ISO 14031 beschreibt die Entwicklung von Indikatoren zur Beschreibung des Zustands der Umwelt.)
- ▶ Umsetzung der Bauprodukten-Richtlinie der EU
- ▶ Strohballen als Baustoff
(Wirkungen auf den Naturschutz: Verminderter Einsatz von Halmverkürzern, Verminderte Eingriffe im Bereich Rohstoffabbau)
- Einsatz von Vulkanisationsbeschleunigern (Reifenabrieb)

Bedingungen und Optionen für institutionelle Lösungen

Im dritten Teil des Projekts wurden institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen untersucht, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Erarbeitung und Umsetzung von Standardisierungen darstellen und darauf aufbauend konkrete Vorschläge für die institutionelle Verankerung von Standardisierungsvorhaben im Naturschutz erarbeitet.

Bei der Erarbeitung von Vorschlägen für geeignete Standardisierungsstrukturen war zu unterscheiden zwischen den drei inhaltlichen Schwerpunkten des Vorhabens: Standardisierung im Naturschutz, Standardisierung naturschutzrelevanter Sachverhalte für die Politikintegration und Naturschutz in der Normung. Bislang gibt es keine Standardisierungsorganisation, die nach ihrem Aufgabenfeld alle Bereiche abdecken würde.

Für die Bereiche „Standardisierung im Naturschutz“ und „Standardisierung naturschutzrelevanter Sachverhalte für die Politikintegration“ kommen folgende Varianten in Betracht:

- Die vorhandenen Strukturen im DIN nutzen.
- Andere bereits bestehende Standardisierungs-Organisationen mit den verschiedenen Staatsaufgaben betrauen. Diese kooperieren in der Regel mit dem DIN. Voraussetzung für den Aufbau einer einheitlichen, innerhalb und außerhalb breit akzeptierten Standardisierungsstruktur im Naturschutz wäre hierbei der Aufbau einer so genannten „Clearing-House“-Stelle, die als Klammer für die Standardisierung im Naturschutz agiert und die Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen vorbereitet und koordiniert.
- Schließlich könnte man eine neue Standardisierungs-Organisation ins Leben rufen, die sich speziell den Aufgabenfeldern „Standardisierung im Naturschutz“ und „Standardisierung naturschutzrelevanter Sachverhalte für die Politikintegration“ widmet.

Für den Schwerpunkt „Naturschutz in der Normung“ (etwa im Bereich der Produkt- oder Verfahrensstandardisierung), der bislang beim DIN oder einer der kooperierenden Einrichtungen angesiedelt ist, wäre es in der Regel wenig sinnvoll und daher auch nicht aussichtsreich, diese Normungsgegenstände nunmehr auf eine an-

dere Standardisierungsorganisation zu übertragen. Hier bietet es sich an, bestehende Strukturen in die Lage zu versetzen, sich den spezifischen Belangen des Naturschutzes zu widmen. Erste Schritte in dieser Richtung sind mit der Initiative für einen AK Naturschutz unter dem Dach des NAGUS bereits unternommen. Besonderes Augenmerk ist hier zu legen, auf eine Abstimmung mit den Standardisierungsvorhaben und -akteuren aus den anderen o.g. Bereichen; eine Funktion, die etwa die „Clearing-House“-Stelle übernehmen könnte.

Mit den Akteuren - sowohl in den Arbeitsstrukturen des DIN als auch den potentiellen Mitwirkenden von Seiten der Naturschutzverbände und der Wissenschaft - sollte eine Klärung darüber herbeigeführt werden, dass sie sich der Aufgabe „Naturschutz in der Normung“ annehmen (im Sinne eines „commitments“), welche personellen und sachlichen Ressourcen hierfür erforderlich sind und auf welchem Wege diese bereit gestellt werden können.

Die Standardisierungsgegenstände aus den Schwerpunkten „Standardisierung im Naturschutz“ und „Standardisierung naturschutzrelevanter Sachverhalte für die Politikintegration“ weisen sowohl was die inhaltlich-methodischen und verfahrensbezogenen Aspekte betrifft als auch im Hinblick auf die zu beteiligenden Akteure erhebliche Unterschiede zu den Normierungsvorhaben auf, die in den Gremien des DIN bearbeitet werden. Von daher bietet es sich an, für diese Bereiche eine der beiden anderen Optionen bzw. -wahrscheinlich vorzugswürdig - eine Kombination beider Optionen zu verfolgen. In einzelnen Bereichen erscheint es sinnvoll, die vorhandenen Strukturen (für den Wassersektor: ATV-DVWK sowie für den Bereich Landschaftsbau: FLL) zu nutzen; für andere Bereiche könnte es hingegen vorteilhaft sein, eine eigenständige Standardisierungs-Organisation zu gründen. Die Potenziale und Grenzen einer „Clearing-House“-Stelle wären in Zukunft genauer auszuloten.

Welche der beiden Optionen - Nutzung vorhandener Strukturen einschließlich Clearing-House“-Stelle oder eigene Standardisierungsorganisation - zum Tragen kommt, hängt letztlich von der Mitwirkungsbereitschaft der jeweiligen Normungsakteure (bzw. der sie vertretenden Verbände und Interessensvertretungen)

ab. Hier ist nach den Ergebnissen des Forschungsvorhabens von einer grundsätzlichen Mitwirkungsbereitschaft auszugehen. Für welchen Weg man sich entscheidet, sollte jedoch - auf dem Hintergrund der entwickelten Gestaltungsoptionen - in einem von offizieller Seite angestoßenen politischen Prozess geklärt werden, da verbindliche Aussagen hierzu im Rahmen eines Forschungsvorhabens naturgemäß von den unterschiedlichen Akteuren nicht zu erlangen sind.

Daraus ergibt sich die Empfehlung, mit den relevanten Akteuren und auf der Grundlage der entwickelten Gestaltungsoptionen einen politisch-administrativen Klärungsprozess einzuleiten, der in einem ersten Schritt darauf abzielt,

- die tatsächliche Mitwirkungsbereitschaft der Akteure auszuloten und zu dokumentieren,
- für eine Pilotphase geeignete Standardisierungsgegenstände zu identifizieren,
- hierfür geeignete Standardisierungsorganisationen zu bestimmen bzw. zu gründen und
- sich auf institutionelle Randbedingungen für den Standardisierungsprozess zu verständigen.

Gastautor: Burkhard Schweppe-Kraft, Bundesamt für Naturschutz¹

• Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz (BfN),
Fachgebiet II 1.1 - Recht, Ökonomie
und naturverträgliche regionale
Entwicklung, Fachbetreuer Dr. Burkhard
Schweppe-Kraft, Konstantinstr. 110,
53179 Bonn
Tel. 0228 / 8491-194, Fax -108
eMail: schwepkb@bfn.de
www.bfn.de/01/0102_211.htm

Vollständige Ergebnisse und
Endberichte zum Forschungsvorhaben:
[http://root.sofia-darmstadt.de/
Naturschutz/Naturschutz.html](http://root.sofia-darmstadt.de/Naturschutz/Naturschutz.html)

¹ Der Text basiert in wesentlichen Passagen auf verschiedenen Teilergebnissen des Forschungsvorhabens "Implementation von Naturschutz: Naturschutzstandards" von Prof. Dr. Martin Führ (Projektleitung), Dipl.-Soz. Cornelia Becker, PD Dr. Kilian Bizer, Dr.-Ing. Elisabeth Appel-Kummer, Dr.-Ing. Margit Mönnecke, Arbeitsgemeinschaft Wald-Holz-Umwelt Consult, StB Dr. Enno Bahrs, Dr. Eva Schmincke und Dr.-Ing. Georg Cichorowski. Details werden u.a. bei einer DNR-Tagung am 16.12. vorgestellt und diskutiert (siehe Kasten).

„Naturschutz und Normung“ - DNR-Tagung am 16.12. in Frankfurt

DNR, BUND und BBU arbeiten seit mehreren Jahren im Koordinierungsbüro Normung der Umweltverbände (KNU) zusammen. Dazu braucht es Fachwissen und Kenntnisse über umweltrelevante Normierungsverfahren. So liegen inzwischen Normen für Umweltmanagement und Umweltaudit, für umweltbezogene Kennzeichnung, für Ökobilanzen, für Kunststoffverwertung, Sekundärbrennstoffe, Umweltkommunikation oder Emissionshandel vor.

Im Rahmen der KNU-Arbeit wollen wir das relativ neue Thema Normung und Naturschutz nach einem ersten Workshop beim Bundesamt für Naturschutz im November 2003 weiter vertiefen. Ziel unserer Veranstaltung ist es, die Möglichkeiten der Normung für eine Stärkung des Naturschutzes zu diskutieren. Gerade angesichts des zunehmenden Rufes nach einer Vereinfachung von Regelungen kann Standardisierung, allerdings auf hohem Niveau, zu einem effektiveren Naturschutz beitragen - wie in nebenstehendem Beitrag dargelegt.

Die Tagung ist kostenfrei. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

Zeit

Freitag, 16.12., 10-16.30 Uhr

Ort

Frankfurt am Main, Ökohaus „Ka Eins“,
Kasseler Str. 1a, Seminarraum
www.ka-eins.de

Programm

[www.hvnl.de/cms/_data/
051216_Naturschutz_und_Normung.pdf](http://www.hvnl.de/cms/_data/051216_Naturschutz_und_Normung.pdf)

Anmeldung, weitere Informationen

DNR, Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: sekretariat@dnr.de

Klimaschutz auch im Urlaub

VCD wirbt für Reisen per Bahn und Rad

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat ein neues Projekt gestartet, das dafür wirbt, auch bei Urlaubsreisen ökologische Belange stärker zu berücksichtigen. Entscheidend für die Umwelt- und Klimabilanz einer Urlaubsreise sei nicht nur die Wahl des Reiseziels, sondern auch die des Verkehrsmittels. Das Projekt „Mobil im Urlaub - Reiselust Deutschland“ will angesichts des fortschreitenden Klimawandels über Möglichkeiten einer umweltschonenden An- und Abreise zum Urlaubsort informieren. Ein Handbuch enthält dazu zahlreiche Tipps und Tricks.

Handbuch soll nachhaltiges Reisen leichter machen

Das Reisehandbuch gibt einen Überblick über attraktive Urlaubsregionen hier zu Lande, die gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Außerdem sind Mobilitätskarten einzelner Regionen, günstige Angebote des Öffentlichen Nahverkehrs sowie Adressen der örtlichen Fahrradverleiher enthalten.

Mit dem neuen Projekt will der VCD sein Engagement für eine nachhaltige Mobilität im Tourismus fortführen. Das VCD-Projekt wird im Rahmen der vom Bundesverbraucherministerium initiierten Kampagne „Echt gerecht - clever kaufen“ gefördert. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org
www.reiselust-deutschland.de

Protest gegen „verschlankte“ Infrastrukturplanung

DNR kritisiert Pläne aus Hessen für schnellere Infrastruktur-Genehmigung

Der Deutsche Naturschutzring hat den Gesetzesvorschlag von Hessens Ministerpräsident Koch kritisiert, Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen. Der Umwelt-Dachverband befürchtet, dass Umweltbelange und Bürgerbeteiligung dann auf der Strecke bleiben. Die Vorschläge führten zu Planungsfehlern und einer drastischen Zunahme von Gerichtsverfahren, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Anfängliche Zeiterparnisse im „verschlankten“ Zulassungsverfahren würden zunichte gemacht.

Studien zur Deregulierung sehen langfristig mehr Nachteile als Vorteile

Kochs Vorschläge sind nach Ansicht des DNR nicht dafür geeignet, notwendige Infrastrukturvorhaben beim Bau zu verbessern und zu beschleunigen. Zahlreiche Untersuchungen zum Thema Deregulierung und Planungsvereinfachung hätten belegt, dass ein weiterer Abbau von Bürgerrechten und Umweltstandards langfristig mehr Nachteile als Vorteile biete. Stattdessen seien eine bessere Qualifikation und Organisation der Verantwortlichen notwendig. Außerdem müssten die Vorschriften in einem Umweltgesetzbuch integriert und ein Projektmanagement eingerichtet werden.

SPD soll „Rückschritt in ein totalitäres Planungssystem“ abwehren

Ministerpräsident Koch habe offensichtlich auch übersehen, dass seine Initiative wesentliche europarechtliche Bestimmungen in Frage stelle, so der DNR. Verstöße würden vor dem Europäischen Gerichtshof landen oder Zwangsgelder der EU-Kommission zur Folge haben. Der DNR forderte die SPD auf, die Angriffe auf Bürgerrechte und bewährte Umweltstandards und den Rückschritt in ein „totalitäres Planungssystem“ abzuwehren. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helmut.roescheisen@dnr.de
www.dnr.de

Kurzmeldungen

Umwelthilfe wirft Autokonzernen Abschied vom Klimaschutz vor

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat den deutschen Autobauern vorgeworfen, sich von ihren Klimaschutzzielen verabschiedet zu haben. Eine Untersuchung der Fahrzeuge des neuen Modelljahres 2006 habe ergeben, dass der Spritverbrauch weit über der gegenüber der für das Jahr 2008 gegebenen Selbstverpflichtung liege, sagte die DUH Ende Oktober in Berlin. Demnach kommen nur der Opel Corsa 1,0 und der Smart Fortwo auf den zugesagten Wert von 5,8 Litern Benzin je hundert Kilometer. Mit dem Durchschnittsverbrauch aller ihrer Modelle lägen VW, BMW und DaimlerChrysler sogar um 45 bis knapp 70 Prozent über dem zugesagten Ziel. (mbu)

DUH, Tel. 07732 / 9995-0, www.duh.de

Verkehrsminister der Länder lehnen erweiterte Straßenmaut vorerst ab

Die Länderverkehrsminister haben Mitte Oktober mit nur einer Stimme Mehrheit knapp gegen die Ausweitung der Lkw-Maut auf Autobahnen für Pkw votiert. Die Vorschläge für eine erweiterte Maut hatten weniger Staus und Emissionen als Ziel. Der scheidende Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe war ohnehin gegen eine Pkw-Maut. Er wollte lieber die Maut für nicht umweltfreundliche Lkw erhöhen. (mbu)

Quelle: Bundesrat, Tel. 01888 / 9100-0, www.bundesrat.de

Flussgebietskonferenz 2005

Umweltverbände fordern Ende des Flussausbaus

Bei der diesjährigen Flussgebietskonferenz haben sich die Umweltverbände zu dem zentralen naturschutzpolitischen Ziel der Erhaltung der letzten noch naturnahen zentralen Flussabschnitte Deutschlands an Donau, unterer Saale, Elbe und Oder bekannt. Nach Ansicht der Verbände eignet sich besonders die Elbe dazu, zu einem Modellfluss entwickelt zu werden, an dem Naturschutz und Hochwasserschutz effizient miteinander verbunden werden könnten. Das 5-Punkte-Programm der Bundesregierung vor drei Jahren habe durch die Hochwasserkatastrophe eine Wende in der Flusspolitik eingeleitet. Die Gefahr der Deichbrüche sei durch die Verstärkung und Erhöhung der Deiche gesenkt worden.

Hochwassergefahr durch Deichbaumaßnahmen nur verlagert

Die Ausdehnung der Überschwemmungsflächen durch Deichrückverlegung und Überflutungspolder geht trotzdem nur schleppend voran. So führen nach Angaben der Umweltverbände die gleichen Niederschlagsmengen wie 2002 heute zu höheren Wasserständen. Dieses Problem würde mit Deichbaumaßnahmen lediglich verlagert, da über 80 Prozent der deutschen Flüsse ihre natürlichen Überflutungsflächen verloren haben.

Eine wichtige politische Weichenstellung war der Ausstieg aus dem Staustufenbau und damit aus der fortgesetzten Kanalisierung. An der Saale soll nun statt einer Staustufe ein Seitenkanal gebaut werden, um den Hafen Halle ganzjährig an das Wasserstraßennetz anzuschließen. In den Planungen wird davon ausgegangen, dass allein die Saale der Engpass sei. Nach Angaben der Umweltverbände ist die Elbe jedoch seit 1989 in der Regel 3 bis 6 Monate im Jahr nicht wirtschaftlich befahrbar. Der Saale-Kanal würde also als Investurine in der Landschaft stehen - oder zum Ausbau der Elbe zwingen.

Auf der tschechischen Seite soll der Staustufenbau bis zur deutschen Grenze vorangetrieben werden, weil die Elbe auch in Tschechien nicht ganzjährig befahrbar ist. Indirekt sind diese Ausbaupläne auch durch das deutsche Verkehrsministerium unterstützt worden.

Die an der Elbe von Natur aus bereits relativ häufigen Niedrigwasserzeiten nehmen nach Angaben der Umweltverbände weiter zu. Die Folge seien regelmäßige Einschränkungen und Einstellungen des Güterverkehrs auf der gesamten Elbe. Sowohl der Saalekanal als auch ein Staustufenbau in Tschechien könnten die Zahl der schiffbaren Tage kaum erhöhen, wenn in der Elbe auf der ganzen Länge das Wasser knapp wird. Die von der Wirtschaft geforderte ganzjährige rentable Befahrbarkeit der Elbe sei nicht gegeben, so die Verbände. Unabhängige Klimaforscher/innen erwarten gar eine Verschärfung der Extreme.

Unterhaltungsmaßnahmen ohne Umweltprüfung durchgeführt

An der deutschen Elbe werden so genannte Unterhaltungsmaßnahmen fortgesetzt, die für sich betrachtet hochwasserneutral sind. Diese Maßnahmen würden aber auf eine weitere Einengung und Vertiefung abzielen. Die Umweltverbände kritisieren, dass diese Unterhaltungsmaßnahmen an der Elbe ohne die erforderlichen Umweltprüfungen nach geltendem EU-Recht durchgeführt werden. Zwanzig Vereine und Verbände haben deshalb eine Beschwerde in Brüssel eingereicht. Die EU-Kommission hat daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Die zuständige Wasserstraßenverwaltung weigert sich jedoch weiter, die Prüfungen durchzuführen. Sie will die Entscheidung dem Europäischen Gerichtshof überlassen. Bis dahin soll weiter gebaut werden.

Transport auf Wasserstraßen unwirtschaftlich

Die Verbände fordern, dass die Effizienz des Einsatzes der Steuergelder überprüft wird. Jährlich würden 10 Mio. Euro allein für Betrieb und Unterhaltung einer Wasserstraße ausgegeben, auf der nur die kleine Menge von 1 Mio. t transportiert werde. Je mehr Geld für Flussbaumaßnahmen dieser Art ausgegeben werde, desto mehr wachse der Druck, die Flüsse im Osten dem Ausbaustandard der Flüsse im Westen anzugleichen. In der Konsequenz steige das Hochwasserrisiko weiter an.

Binnenschifffahrt belastet Umwelt

Das Umweltbundesamt sowie niederländische Studien haben ermittelt, dass das Binnenschiff bei der Umweltbelastung eindeutig schlechter abschneidet als die

Bahn. Zum einen verbraucht der Binnenschifftransport doppelt soviel Energie und stößt mehr Schadstoffe aus als die Bahn. Vor allem aber sind die Eingriffe in die Natur immens, wenn die Flüsse für immer größere Schiffe zu uniformen Wasserstraßen ausgebaut werden.

Die mit Steuergeldern finanzierte Verkehrsverlagerung auf das Binnenschiff fand nicht statt. Trotz Milliardeninvestitionen stagniert das Güteraufkommen auf den bundesdeutschen Wasserstraßen bei rund 230 Mio. Tonnen im Jahr, auf einigen Strecken der Saale und Elbe sind die aktuellen Gütertransportmengen rückläufig. Die Durchschnittsladung der Güterschiffe auf der Elbe liegt im völlig unwirtschaftlichen Bereich.

Nach Auffassung der Umweltverbände muss die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung die Hochwasserstände senken. Denn frühere Begradigungen und Einengungen, die zum Teil auch für die Förderung der Binnenschifffahrt realisiert wurden, hätten die Hochwassergefahren verschärft. Des Weiteren müsse die Binnenschifffahrt ebenso wie die Bahn Mineralölsteuer, Ökosteuern sowie Trassengebühren zahlen.

Die Verbände fordern zudem eine Reform der Wasserstraßenbehörde. Im Zuge einer neuen Flusspolitik soll die Behörde neue Aufgaben z. B. im vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz und in der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie übernehmen. Bei Aufgaben, die der Binnenschifffahrt, dem Naturschutz und dem Hochwasserschutz gleichzeitig dienen, müssten die Wasserstraßenverwaltungen mit den Ländern kooperieren. Wie das Forum Binnenschifffahrt zeige, gebe es wesentlich bessere politische Handlungsmöglichkeiten, um die Binnenschifffahrt zu fördern, als den teuren und umweltschädlichen Ausbau fortzusetzen. (if) ■

• Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser, Michael Bender, Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
eMail: wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

Umweltpolitik für EU-Interessierte

DNR-Seminar am 15./16.12. in Berlin

Auch wenn es deutsche Politiker/innen nicht gern zugeben: Viele wichtige umweltpolitische Entscheidungen fallen heute auf der EU-Ebene. Dort funktioniert vieles anders als in der Bundes- oder Landespolitik - aber es lohnt sich für Naturschutz- und Umweltorganisationen mehr denn je, sich auch in Brüssel einzumischen und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dazu ist es aber wichtig zu verstehen, wie das komplexe, im ständigen Wandel befindliche System EU funktioniert.

Die EU-Koordination des DNR veranstaltet aus diesem Grund gemeinsam mit dem Europäischen Umweltbüro (EEB) am 15. und 16. Dezember ein Seminar in Berlin. Dazu laden wir alle Interessierten aus den DNR-Mitgliedsverbänden und darüber hinaus herzlich ein. Wir werden einen Überblick geben über aktuelle und zukünftige Trends in der europäischen Umweltpolitik sowie über Möglichkeiten für Verbände, finanzielle Unterstützung von der EU-Kommission für ihre Projekte zu erhalten. (ng, mb) ■

• Weitere Informationen

Programm und Anmeldung: DNR, EU-Koordination, Nika Greger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44339186,
eMail: nika.greger@dnr.de
www.eu-koordination.de

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

November

24.11., Bremen

Raumplanung und Raumnutzung

Hearing; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen
Tel. 0421-77675, Fax -78931
inse.ewen@aknev.org
www.aknev.org

24.11., Augsburg

Lichtverschmutzung muss nicht sein: Das Augsburger Modell

Workshop; Die Umwelt-Akademie, Weßling
Tel. 08153-4751, Fax -4852
info@die-umwelt-akademie.de
www.die-umwelt-akademie.de/veranstaltungen

24.-25.11., München

Kongress „Kinder und Natur in der Stadt“

Arbeitskreis Städtische Naturerfahrungsräume, Dr. Hans-Joachim Schemel
Tel. 089-863-2971, Fax -1266
schemel@aol.com
www.dkhw.de

25.11., Potsdam

Benefizveranstaltung für die FREIE HEIDE

Grüne Liga, Norbert Wilke, Potsdam
Tel. 0331 / 20155-20, -21, Fax -22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga.de/bburg

26.-30.11., Bonn

Weltversammlung für Erneuerbare Energien

Konferenz; World Council for Renewable Energy (WCRE)
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
info@wcre.org
www.wcre.org

Dezember

1.12., Berlin

Fern-Sehen: Zukunftsthema Nachhaltigkeit?

Fachkonferenz: Rat für Nachhaltige Entwicklung
Tel. 030 / 254917-80, Fax -85
info@nachhaltigkeitsrat.de
www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine

2.12., Halle/Saale

Finanzierungsstrategien für ostdeutsche Umweltorganisationen

Seminar; Unabhängiges Institut für Umweltfrage, Berlin
Tel. 030 / 428-49930, Fax -00485
buero@ufu.de
www.ufu.de (Veranstaltungen)

8.12., Berlin

Flussauen und Wasserrahmenrichtlinie

Workshop; DNR-Gesprächskreis Wasser, c/o Grüne Liga, Tobias Schäfer, Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

8./12., Hofgeismar

Konzepte für die Nationalparkregion Kellerwald-Edersee

Tagung; Ev. Akademie Hofgeismar
Tel. 05671 / 8810
ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de

8.-14.12., Wendelsheim bei Mainz

12. Ökodorf-Festival - Begegnung von Gemeinschaften und Interessierten

Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

9./10.12., Wiesenfelden/Niederbayern

Lebendige Kommunikation - Schlüsselqualifikation für die umweltpolitische Arbeit

Bund Naturschutz Bildungswerk
Tel. 09966-1270, Fax-9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

15./16.12., Berlin

Umweltpolitik für EU-Interessierte

Seminar (siehe vorhergehende Seite);
DNR, EU-Koordination, Nika Greger, Berlin
Tel. 030 / 443391-86, -81, Fax -80
nika.greger@dnr.de
www.eu-koordination.de

16.12., Frankfurt/M.

Naturschutz und Normung

Tagung (siehe Seite 23); DNR, Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
sekretariat@dnr.de
www.dnr.de

18.-20.12., Butzbach/Taunus

24.-26.12., Herrischried bei Freiburg

28.-30.12., Steyerberg bei Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften -

Gemeinschaftssuche und -gründung

Seminare; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

2006

5.-8.1., Radolfzell

Naturschutztage 2006

Tagung; BUND und NABU
Tel. 07732 / 150-70, Fax -777
bund.moeggingen@bund.net
www.naturschutztage.de

14.-15.1., Berlin

Europäische Konferenz gentechnikfreier Regionen und Initiativen

Genet und Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12
info@gmo-free-regions.org
www.gmo-free-regions.org

26.1., Bremen

Entwicklung eines Meeresschutzprogrammes

Symposium; Aktionskonferenz Nordsee,
Inse Ewen, Bremen
Tel. 0421-77675, Fax -78931
inse.ewen@aknev.org
www.aknev.org

10.-12.3., Böblingen

erneuerbare energien 2006

Messe, Kongress, Veranstaltungen;
erneuerbare energien Kommunikations-
und Informationsservice, Miriam Hegner
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
redaktion@energie-server.de
www.erneuerbareenergien.com

16./17.3., Lampertheim (Hessen)

3. Bundeskongress: Wirtschaft in Bewegung

Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch
Tel. 06222-4142, Fax -4147
mgrix@wirtschaftinbewegung.com
www.wirtschaftinbewegung.com

7.-9.4., Bonn

Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre nach Tschernobyl

Kongress; Internationale Ärzte für die
Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)
Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166
uhe@ippnw.de
www.tschernobylkongress.de

30.5.-2.6., Bonn

28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen
DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
helga.inden-heinrich@dnr.de
www.bbn-online.de?id=43
(if) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
(„Archiv“)

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6):
www.radijojo.de
www.grasloewe.de
(mb, db, if) ■

Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe
www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net
(mb) ■

Die Sonderhefte zum EU-Rundschreiben des DNR

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Reizend, giftig, gesundheitsschädlich? Für eine starke EU- Chemikalien-politik ...alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Der heiße Draht nach Brüssel	05.05
Ein Nachschlagewerk	
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteils-ausgleich: Wem gehört die Vielfalt	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barroso's Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienungs-laden?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien in Europa: Ökologisch, sozial und wettbewerbs-fähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Von der Vision zur Umsetzung des europäischen Natur-schutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Chemikalien: Für eine starkes REACH

Global

- Weltagrarhandel ist kein Selbstzweck
- UN erwartet Klima-Flüchtlinge
- Frauen-Umwelt-Konferenz folgenlos?

EU-Politik, Recht

- Umweltministerrat 17.10.: EU kein Klima-Vorreiter; REACH-Diskussion
- EU-Kommission will Gesetze „anpassen“
- Nachhaltige Konsummuster: EU-Plan
- Verfassungsdiskussion: Der „Plan D“ der EU-Kommission
- EU-Initiative zur Industriepolitik
- Schneller zur EU-Förderung
- Umweltbericht der Europäischen Investitionsbank

Abfall, Produktpolitik

- Abfallverbringung im Parlament
- Bergbauabfälle: Rat gegen Parlament
- IVU-Richtlinie in der Diskussion
- Abfallrecht: Zu wenig Vermeidung

Agrarpolitik, Gentechnik

- Kritik an EU-Lebensmittelbehörde
- Protest gegen EU-Milchpolitik
- Rumänien: Gen-Soja außer Kontrolle

Chemikalien, Emissionen

- Der REACH-Streit - ein Potpourri
- Globale Chemikalien(un)sicherheit
- Treffen der Rotterdam-Konvention
- Reinigungsmittel: Verordnung in Kraft
- Studie zu Großfeuerungsanlagen
- Nanotechnik: Bürgerjury-Forderungen
- Emissionsrechte für Schiffe

Energie, Klima

- Parlament will mehr Erneuerbare
- EU-Kommission: Biokraftstoffe fördern
- EU plant 2. Klimaschutzprogramm
- CO₂-Einlagerung: Experten skeptisch
- EU-Kommission: Luftfahrt in Emissionshandel einbeziehen
- Deutsche Kraftwerke: Klimakiller
- CO₂-Minderung mit Wärmedämmung
- F-Gase: Verbot schon ab 2008?
- Umfrage: Mehrheit gegen Atomkraft

Naturschutz, Biodiversität

- EU genehmigt Gelder für LIFE 2005
- Bodenschutzstrategie: Fortschritte
- Britische Klimaschutz-Initiative
- BirdLife: Waldschutz rechnet sich

- Zugvogeljagd auf Malta: Proteste
- US-Artenschutzgesetz in Gefahr
- Biodiesel-Boom schadet Regenwald

Verkehr, Tourismus

- Neue EU-Verkehrsachsen in Planung
- Woche für nachhaltige Mobilität
- Mittelmeer: Bündnis für Ökotourismus
- Öffentlicher Verkehr als Jobmotor

Wasser, Meere

- Fischereiministerrat 19./20.9.: Bestände; Subventionen; Korallen
- Badegewässerrichtlinie: Einigung

Service

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- EU- und UN-Wegweiser

Sonderheft

- (siehe vorhergehende Seite)

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im

Internet zugänglich: www.dnr.de/drb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen VerbändereInformationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

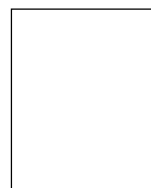
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin